Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł. mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł. vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifband monatl. 7,50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung 2c.) hat der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einspaltige Millimeterzeile 15 gr, die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf.. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigem Satz 50% Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postscheckkonten: Posen 202157. Danzig 2528, Stettin 1847.

Nr. 274 — **Bromberg, Mittwoch, den 25. November 1936.** — **60. Jahrg.**

Neue Ostpolitik zwischen Warschau und Bukarest

Die Kleine Entente ist heute keineswegs noch das fest und eindeutig umrissene politische Gebilde, das sie zu gewissen Zeiten vielleicht war, zum mindesten in der Vorstellung der beiden Männer, die ihr einst das Gepräge gaben, des damaligen tschechoslowakischen Außenministers Benesch und des einstigen rumänischen Außenministers Titulescu, sein sollte. Man hat noch unter ihrem Einfluß seinerzeit die Pflicht zu einheitlicher außenpolitischer Linie sozusagen statutarisch festgelegt. Aber die Praxis hat gezeigt, daß diese auf dem Papier gezogene Linie doch nicht stark und haltbar genug war, um die Realitäten der Politik zu zwingen. Nach außen wird bei repräsentativen Gelegenheiten zwar geflissentlich der Eindruck der Einigkeit und Einheitlichkeit hervorgerufen, so jüngst noch bei dem Besuch, den König Karl in Prag abstattete, aber über die Einzelheiten der politischen Haltung gerade in grundlegenden Fragen gehen die Meinungen auseinander und man begnügt sich damit, diese Tatsache in den amtlichen Verlautbarungen dadurch zu verschleiern, daß man von ihr nicht spricht. Alle Welt weiß aber, daß das Verhältnis zur Sowjetunion, das von der Tschechoslowakei im Sinne einer engen militärischen Verbundenheit gelöst wurde, die Nähte der Kleinen Entente etwas auseinander getrieben hat. Jugoslawien und Rumänien widerstreben diesem Kurs immer entschiedener.

Nun wird, wie wir bereits angekündigt haben, der jetzige rumänische Außenminister Antonescu, der Nachfolger Titulescus und in der Sowjetfrage sein entschiedener Gegner, am 26. November zum Besuche des polnischen Außenministers in Warschau eintreffen, nachdem er am Tage vorher in Krakau den Manen des Marschalls Piłsudski seine Ehrerbietung erwiesen hat. Rumänien und Polen sind seit dem 3. März 1921 durch einen Bündnisvertrag verbunden und am 26. März 1926 kam ein Garantievertrag hinzu, der am 15. Januar 1931 erneuert wurde. Diese engen freundschaftlichen Beziehungen sind aber etwas abgeblaßt, seitdem Titulescu der rumänischen Außenpolitik einen so entschiedenen Kurs auf Moskau gab. Der Steuermann im Ruderhaus des rumänischen Staatsschiffes ist inzwischen ausgewechselt worden und es fiel schon bei der letzten Bundestagung in Genf auf, daß der neue Außenminister Antonescu sehr eingehende Unterredungen mit dem Obersten Beck führte. Mit der Aufgabe der sowjetrussischen Orientierung in Bukarest gewinnt für Rumänien das Bündnis mit Polen neuen Wert. Daß der Besuch, den Antonescu jetzt in Warschau unternimmt, der Festigung der Freundschaft zu Polen dienen soll, steht außer allem Zweifel. Man braucht darin keineswegs eine Lockerung der Beziehungen Rumäniens zur Kleinen Entente zu sehen, aber auf jeden Fall bekommt diese Wiederanknüpfung mit Warschau den Charakter einer Rückversicherung gegenüber den Risiken, die mit der Zugehörigkeit zur Kleinen Entente verbunden sind, solange in ihr die mit Moskau so eng alliierte Tschechoslowakei eine bestimmende Rolle spielt. Wenn in einzelnen politischen Kreisen sogar die Vermutung ausgesprochen wird, Antonescu betreibe den Plan, Polen mit in den Verband der Kleinen Entente hineinzuziehen, so ist das vielleicht etwas kühn. Man könnte höchstens annehmen, daß Antonescu für den Ausgleich gewisser lokal bedingter Differenzen zwischen Prag und Warschau seine Maklerdienste anbieten will. An einen Eintritt in die Kleine Entente wird Polen in dem Augenblick, in dem es in London die offizielle Bestätigung erhielt, daß man es dort als einen selbständigen Faktor der großen europäischen Politik wertet, kaum denken. Aber auch als solcher ist Polen für Rumänien von erheblicher Bedeutung. Warschau hat nach Westen hin durch die Verständigung mit Deutschland Friedensgarantien geschaffen und es bemüht sich andererseits, nach Osten, zur Sowjetunion, einen modus vivendi aufrecht zu erhalten, der Konfliktsmöglichkeiten vorbeugt.

Unmittelbar nach der Rückkehr Antonescus aus Warschau wird sich in Bukarest eine Veranstaltung abspielen, die zunächst etwas dekorativ wirken soll, die aber doch einen beachtenswerten politischen Hintergrund hat. Auf Einladung der Präsidenten der beiden rumänischen Parlamente werden am 1. Dezember, dem Jahrestag der Errichtung Groß-Rumäniens, die Präsidenten der jugoslawischen und der tschechoslowakischen gesetzgebenden Körperschaften an einer Festsitzung der rumänischen Kammer und des Senats teilnehmen. Die Veranstaltung ist als eine gemeinsame Kundgebung der drei Staaten der Kleinen Entente gegen jede Grenzrevision gedacht und, wie aus der Bukarester Presse hervorgeht, durch die Mailänder Rede Mussolinis veranlaßt worden. Diese Sorge vor einer Revisionsbewegung erweist sich nach wie vor als das stärkste Bindemittel der Kleinen Entente. Die Abwehr gegen sie, also gegen ein im Grunde negatives Moment, muß immer wieder über das Auseinandergehen in den eigentlich positiven politischen Zielen hinweghelfen. Aber schließlich werden sie doch einmal die stärkeren Antriebe für die endgültige Einstellung bilden müssen.

England erkennt Blockade nicht an.

Aus London wird gemeldet:

Im englischen Unterhaus gab Außenminister Eden am Montag die mit großer Spannung erwartete Erklärung über Großbritanniens Stellungnahme zur spanischen Frage und besonders zu der angedrohten Blockierung und Beschießung der Sowjetstützpunkte in Barcelona durch die Nationalisten ab.

„Die Politik der Britischen Regierung", so sagte Eden, „ist es, für keine Seite im spanischen Krieg Partei zu nehmen und keiner der beiden am Kampfe beteiligten Parteien ein Hilfe zu gewähren. Im Verfolg dieser Politik hat die Britische Regierung die Einfuhr von Waffen nach Spanien auf dem Seewege verboten und die sich hieraus ergebenden Fragen erwogen. Die Britische Regierung hat bisher die Anerkennung des Rechts als kriegführende Partei zur See keiner der beiden Parteien zuerkannt. Sie hat gegenwärtig nicht die Absicht, solche Rechte anzuerkennen (Beifall). Infolgedessen

werden britische Kriegsschiffe, falls dies notwendig sein sollte, britische Kauffahrteischiffe auf hoher See gegen die Behelligung durch Schiffe einer der beiden streitenden Parteien in Spanien außerhalb der Dreimeilenzone schützen.

Zu gleicher Zeit liegt es nicht in der Absicht der Britischen Regierung, daß britische Schiffe Kriegsmaterial von einem fremden Hafen nach irgendeinem spanischen Hafen verschiffen. Um diesen Wunsch so wirksam zu machen, als dies unter den gegebenen Umständen möglich ist, beabsichtigt die Regierung, sofort ein Gesetz einzubringen, das den Transport von Waffen nach Spanien durch britische Schiffe ungesetzlich macht. Ich benutze die Gelegenheit, um demgemäß alle britischen Schiffe zu verwarnen."

Auf eine Anfrage, ob sich die Englische Regierung mit der Französischen beraten hätte zur Sicherstellung einer gemeinsamen Aktion für den Fall einer Verletzung der Rechte der Schiffe der beiden Länder in den spanischen Gewässern, erwiderte Eden, daß die Englische Regierung in enger Fühlung mit der Französischen Regierung über alle sich aus der ganzen Lage ergebenden Fragen stehe.

Frankreichs Haltung unverändert.

Paris, 24. November. (DNB.) Von unterrichteter Seite wird am Montag abend erklärt, daß die Haltung der Französischen Regierung in der spanischen Frage keinerlei Änderung erfahren habe. Frankreich bleibe einerseits dem Nichteinmischungs-Abkommen treu, andererseits habe es keine der beiden sich in Spanien bekämpfenden Parteien als „kriegführend" anerkannt und habe auch für den Augenblick nicht die Absicht, dies zu tun.

Dieser Beschluß, der der bisher von der Französischen Regierung ständig eingenommenen Haltung entspreche, stimme auch mit der Haltung der Englischen Regierung überein, wie dies Außenminister Eden vor dem Unterhaus auseinandergesetzt habe. Zwischen Paris und London haben, wie weiter verlautet, in den letzten Tagen lebhafte Unterhaltungen stattgefunden, in denen die Übereinstimmung der Ansichten beider Länder festgestellt worden sei.

Außenminister Delbos hat am Montag den Sowjetrussischen Botschafter Potemkin empfangen. Über den Gegenstand der Besprechung ist zunächst noch nichts bekanntgeworden.

Deutsch-japanische Annäherung.

Wie DNB aus Tokio meldet, beantwortete der Sprecher des Auswärtigen Amtes in einer Pressekonferenz Fragen, betreffend deutsch-japanische Verhandlungen, zusammenfassend dahin, daß Japan bereit sei, mit allen Staaten über eine gemeinsame Bekämpfung der kommunistischen Bewegung zu verhandeln, wie dies aus dem japanischen Angebot an China und den seit langer Zeit schwebenden chinesisch-japanischen Verhandlungen hervorgeht. Wenn Japan mit dritten Staaten verhandle, so seien diese Verhandlungen grundsätzlich nicht gegen eine dritte Macht gerichtet, sondern gegen die kommunistische Bewegung als eine internationale Bedrohung.

Auf eine weitere Frage bemerkte der Sprecher, daß die nationalsozialistische Organisation in Japan eine rein private Angelegenheit der Deutschen sei, und daß die nationalsozialistische Weltanschauung keinerlei gegen den Japanischen Staat gerichtete Tendenz zeige. Dagegen sei in Japan die kommunistische Betätigung oder Gruppenbildung seit langem verboten da sie sich gegen die Struktur des Japanischen Staates richte.

Fährt Schacht nach Tokio?

Wie die polnische Presse meldet, verbreitet die Pariser Agentur „Information" eine Meldung aus Berlin, wonach Dr. Schacht, der sich gegenwärtig in Teheran befindet, eine Einladung nach Tokio erhalten habe. Für den Augenblick wisse man in Berlin noch nicht, ob Schacht, der die Einladung angenommen hat, sich von Teheran aus direkt nach Japan begibt oder zunächst nach Berlin zurückkehren wird, um vor seinen Verhandlungen mit den leitenden Persönlichkeiten Japans die notwendigen Instruktionen zu erhalten.

Gleichzeitig will die genannte französische Agentur erfahren haben, daß der Bruder des Mikado, Prinz Tschitschibu in Berlin erwartet wird. Das Datum seiner Ankunft stehe noch nicht fest, wahrscheinlich treffe er im Laufe des Dezember ein. Tschitschibu gelte als einer der geschicktesten japanischen Diplomaten und spielte bei den Verhandlungen in der Mandschukuofrage eine große Rolle.

Deutschland und der Unterseebootkrieg.

Botschafter von Ribbentrop hat am Montag im Auftrage der Reichsregierung an den englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten eine Note gerichtet, in der erklärt wird, daß die Deutsche Reichsregierung den Bestimmungen über den Unterseebootkrieg des Teiles IV des Londoner Seerüstungsvertrages beitritt und diese als vom heutigen Tage ab für sie verbindlich annimmt.

In den ausgedehnten Nachkriegsverhandlungen über die Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen zur See sind internationale Regeln für die Führung des U-Bootkrieges aufgestellt worden, die in Art. 22 (Teil IV) des Londoner Vertrages vom 22. April 1930 niedergelegt sind und zunächst von Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan angenommen wurden. Im Verlauf der deutsch-englischen Flottenverhandlungen 1935 hat Deutschland auf englische Anfrage hin seine Bereitwilligkeit erklärt, diesen Bestimmungen beizutreten. Die Britische Regierung hat nunmehr, nachdem auch die Annahme-Erklärung von Frankreich und Italien vorliegt, Deutschland auf Grund eines vom 6. November d. J. in London von den beteiligten Seemächten gezeichneten Protokolls förmlich zum Beitritt aufgefordert. Daraufhin hat am 23. November der deutsche Botschafter in London an den englischen Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten

folgende Note

gerichtet: In einer Mitteilung vom 9. d. M. hat der königlich britische Botschafter in Berlin dem Reichsminister des Auswärtigen eine Abschrift eines am 6. November 1936 in London unterzeichneten Protokolls über die Regeln der Unterseebootkriegführung gemäß Teil IV des Londoner Vertrages vom 22. April 1930 übersandt und dabei namens seiner Regierung der Hoffnung Ausdruck verliehen, die Deutsche Regierung werde den genannten Regeln beitreten.

Diese Regeln lauten:

1. Bei ihrem Vorgehen gegen Handelsschiffe müssen Unterseeboote sich nach den Bestimmungen des Völkerrechts richten, welchen Überwasserschiffe unterworfen sind.
2. Insbesondere darf, mit Ausnahme des Falles der fortgesetzten Weigerung, zu stoppen, nachdem die ordnungsmäßige Aufforderung hierzu ergangen ist, oder des tatsächlichen Widerstandes gegen Besichtigung oder Untersuchung, ein Kriegsschiff, ob Überwasserschiff oder Unterseeboot, ein Handelsschiff nicht versenken oder zur Seefahrt untauglich machen, ohne vorher die Passagiere, die Bemannung und die Schiffspapiere an einen sicheren Ort gebracht zu haben. Für diesen Zweck werden die Boote des Schiffes nicht als ein sicherer Ort angesehen, es sei denn, daß die Sicherheit der Passagiere und der Bemannung bei den herrschenden See- und Wetterverhältnissen, durch die Nähe des Landes oder durch die Anwesenheit eines anderen Schiffes, welches in der Lage ist, sie an Bord zu nehmen, gewährleistet ist."

Die Deutsche Regierung hat anläßlich der deutsch-englischen Flottenverhandlungen in der Zusammenfassung der Besprechungen zwischen den deutschen und englischen Flottensachverständigen am 23. Juli 1935 ihre Bereitwilligkeit erklärt, den Bestimmungen über den Unterseebootkrieg des Teiles IV des Londoner Seerüstungsvertrages beizutreten.

Demgemäß beehre ich mich, im Auftrage meiner Regierung zu erklären, daß die Deutsche Regierung den oben wiedergegebenen Regeln beitritt und diese als vom heutigen Tage ab für sie verbindlich annimmt.

(Schlußformel.)

gez. **von Ribbentrop.**

U-Boot-Angriff im Hafen von Cartagena.

In Londoner diplomatischen und politischen Kreisen hat eine Meldung großes Aufsehen hervorgerufen, wonach die im Hafen von Cartagena liegenden bolschewistischen Kriegsschiffe am Montag durch Unterseeboote der Nationalisten angegriffen worden sind. Dabei ist ein roter Kreuzer schwer beschädigt worden. Die Bolschewisten in Madrid haben eine Erklärung veröffentlicht, die den Angriff der nationalen U-Boote bestätigt.

Der Kreuzer „Miquel de Cervantes" habe, so sagt der Madrider Bericht, „gewisse Beschädigungen" erlitten, während die anderen abgefeuerten Torpedos, die vor allem dem Kreuzer „Mendez Nunez" galten, ihr Ziel verfehlt hätten. Die englische Admiralität hat dagegen einen Augenzeugenbericht des Zerstörers „Glowworm" über den Angriff der U-Boote auf die roten Kreuzer erhalten, der ein wesentlich anderes Bild von den „Beschädigungen" gibt. Die „Miquel de

Cervantes" wurde danach heute kurz vor 9 Uhr morgens von einem Torpedo derart schwer getroffen, daß sie nur noch mit Mühe in den Hafen geschleppt werden konnte. „Man hörte einen lauten Knall und sah eine Rauchwolke aufsteigen. Dann bekam das Schiff eine schwere Schlagseite", so berichtet der Kommandant des Zerstörers. Schleppern sei es nach langwierigen Bemühungen gelungen, das Schiff langsam in den Hafen zu bugsieren.

Weder deutsche noch italienische U-Boote.

Wie das Reuter-Bureau aus Berlin meldet, hat ein Vertreter der Reichsregierung dem Korrespondenten dieses Bureaus erklärt, daß es im Mittelmeer augenblicklich kein deutsches U-Boot gebe. Dasselbe Bureau meldet aus Rom, daß auch dort offiziell der Ansicht entgegengetreten wird, als ob die Unterseeboote, die angeblich den Kreuzer „Cervantes" angegriffen haben, der italienischen Flotte gehörten.

Die Transit-Verhandlungen werden fortgesetzt.

Im Zusammenhange mit der auch von uns wiedergegebenen Nachricht des „Ilustrowany Kurjer Codzienny" von einem Abbruch der deutsch-polnischen Transit-Verhandlungen verbreitet die Polnische Telegraphen-Agentur folgende Meldung:

„Die Informationen, nach denen die polnisch-deutschen Verhandlungen über die Regelung der Eisenbahntransporte zwischen Ostpreußen und dem übrigen Reich (Transit durch Pommerellen) abgebrochen worden seien und dieser Transit vom 1. Januar 1937 ab aufhören werde, sind ungenau. Denn die Verhandlungen werden mit Unterbrechungen fortgesetzt, die in ähnlichen Fällen normal sind, da wichtige Entscheidungen gefaßt werden sollen oder da für sie die Genehmigung der Zentralbehörden notwendig ist.

Die Evangelische Kirche in Mittelpolen

erhält vom Staat ein neues Staatsgesetz

zur Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat.

Am Montag nahm der polnische Ministerrat eine Reihe von Gesetzesvorlagen an und beschloß u. a. die Annahme des Entwurfs eines Gesetzes über die Beziehungen des Staates zur Evangelisch-Augsburgischen Kirche. Die Regelung dieser Frage auf dem Wege einer Verordnung des Staatspräsidenten ist in dem im März d. J. beschlossenen Ermächtigungsgesetz für die Regierung vorgesehen.

Noch bevor diese amtliche von der Polnischen Telegraphen-Agentur heute früh veröffentlichte Meldung bekannt wurde, schrieb der „Zwiastun Ewangeliczny", das Organ des polnischen Generalsuperintendenten D. Julius Bursche-Warschau:

„Am vergangenen Montag wurden die polnischen Delegierten des Synodal-Ausschusses ins Ministerium gerufen und unterschrieben den vorgelegten Gesetzentwurf nach einigen kleinen Änderungen. Die Behörden sind also geneigt, die vier Unterschriften als maßgebend und als ein ausreichendes Votum der Kirche anzuerkennen. In diesem Falle dürfte in der kommenden Woche das Dekret mit dem neuen Gesetz zu erwarten sein. Wir fürchten, das unter diesen Umständen die ganze Sache in kirchlichen Kreisen große Unruhe hervorrufen wird." —

*

Wir enthalten uns heute aus bestimmten Gründen jeder kritischen Stellungnahme zu dem auch für die anderen evangelischen Kirchen in Polen bedeutungsvollen Gesetz, **dessen Unterzeichnung durch den Herrn Staatspräsidenten noch nicht gemeldet wurde.** Damit aber der oben wiedergebene Satz der polnischen kirchlichen Presse verständlich erscheint, müssen wir zum Tatsächlichen folgendes kurz bemerken:

Nach Art. 115 der polnischen Staatsverfassung ist das Kirchengesetz im Einvernehmen mit der „rechtlichen Repräsentation" der Kirche selbst zu beschließen. Die „rechtliche Repräsentation" der Kirche ist die Synode. Eine Verfassunggebende Synode wurde im Jahre 1923 vom Generalsuperintendenten Bursche nach Warschau einberufen. Sie beschloß neben dem Entwurf für eine Verfassung (Inneres Recht) auch einen Entwurf zu dem Gesetz zur Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat. Vor ihrer Selbstauflösung wählte die Verfassunggebende Synode einen Synodal-Ausschuß, der nur die Zuständigkeit hatte, über die von der Synode selbst beschlossenen Kirchengesetze mit den staatlichen Behörden zu verhandeln.

Die Entwürfe der Synode wurden aber nicht angenommen. Dagegen legte der Staat im Jahre 1933 und dann wieder im Jahre 1936 neue Entwürfe für die beiden Kirchengesetze (Regelung der Beziehungen zwischen Kirche und Staat und innere Verfassung) vor, die in wesentlichen Punkten von den Entwürfen der Synode vom Jahre 1923 abweichen, ja den gesamten Charakter der Kirche gegenüber den Beschlüssen der Synode verändern. Die Synode stützte sich in ihren Entwürfen auf den in der Verfassung festgelegten Grundsatz der Gleichberechtigung mit den anderen Bekenntnissen, also auch mit der in Polen vorherrschenden Römisch-katholischen Kirche. Die neuen Entwürfe bringen, vor allem in ihren Bestimmungen über die Kirchenleitung, eine Bindung an den Staat, die man als eine Entwicklung zur Staatskirche hin bezeichnen kann.

Diese Entwürfe wurden dem Synodal-Ausschuß vom Jahre 1923 vorgelegt, der sich aus neun Mitgliedern, fünf Polen und vier Deutschen, zusammensetzte. Die fünf Polen sind: Generalsuperintendent D. Bursche-Warschau (Vorsitzender), Konsistorialrat Loth-Warschau, Senior Kulisch-Teschen, Rechtsanwalt Eberhard-Warschau und Pastor a. D. Machlejd-Warschau. Die vier Deutschen sind: Konsistorialrat Dietrich-Lodz, Senator a. D. Utta-Lodz, Senator a. D. Spickermann-Lodz und Fabrikant Hoffmann-Zgierz.

Trotz der eigenen Opposition, die von dem polnischen evangelischen Senator Ewert für die polnische Kirchengemeinde Warschau geführt wurde, erklärten sich die vier erstgenannten polnischen Mitglieder des Ausschusses zur Annahme der neuen Entwürfe bereit. Das fünfte polnische Mitglied, Pastor a. D. Machlejd, konnte wegen schwerer Erkrankung an den Verhandlungen nicht teilnehmen. Er ist unmittelbar vor der Unterzeichnung der Entwürfe durch seine polnischen Freunde gestorben.

Die vier deutschen Mitglieder des Ausschusses erklärten sich nicht für zuständig, da der Ausschuß schon im Jahre 1923 zur Durchsetzung ganz anderer Entwürfe gewählt worden sei. Sie haben deshalb noch während der Verhandlungen den Ausschuß verlassen und verlangt, daß eine neue Verfassunggebende Synode zur Beschlußfassung über die neuen Entwürfe einzuberufen sei.

Barcelona — die neue GPU-Zentrale für Westeuropa.

Enthüllungen über die Umtriebe Moskaus.

Der „Matin", der am Sonntag Enthüllungen über die Absichten der Komintern zur Bolschewisierung des Mittelmeergebietes gebracht hatte, berichtet am Montag, daß in Barcelona die Vorbereitungen für die Schaffung einer Zweigstelle der GPU mit Hochdruck betrieben würden. Ihr Leiter Jeschow habe entsprechende Anweisungen für die Schaffung dieser „ausländischen Operationsabteilung" gegeben. Die erfahrensten Sachverständigen seien dieser Abteilung zugeteilt. Sämtliche Geheimgruppen der GPU in Europa sollen künftig von Barcelona aus geleitet werden. Die Gruppenleiter seien bereits für den 30. November nach Barcelona zusammenberufen. U. a. werde die Herstellung falscher Dokumente und Ausweise, die bisher in Prag, Wien und Zürich vorgenommen wurde, jetzt der Sektion Barcelona übertragen werden.

In Moskau glaube man, wie das Blatt berichtet, daß die Schaffung der mit weitgehender Autonomie ausgestatteten GPU-Zweigstelle in Westeuropa es ihren Agenten erlauben werde, mit größerer Geschmeidigkeit und Schnelligkeit ihre verschiedenen dunklen Aufgaben zu erfüllen. Sämtliche schriftlichen Unterlagen und Nachrichten würden jetzt in Barcelona zusammenlaufen und von dort aus nötigenfalls nach Moskau weitergehen. Der „Matin" versichert, daß u. a. auch die in der Pariser Wohnung des Professors Posthumus gestohlenen Trotzki-Dokumente nach Barcelona unterwegs seien.

Beschießung von Madrid wieder aufgenommen.

Bei wiedereinsetzendem guten Wetter setzte die nationale Artillerie am Montag die Beschießung von Madrid fort. Namentlich die noch unbesetzten Teile der nordwestlichen Innenstadt, die verschiedenen Kasernen und der Stadtteil Rosales wurden unter Feuer genommen.

Wie erst jetzt bekannt wird, geriet am Sonnabend ein mit vier spanischen und einem südamerikanischen Journalisten besetzter Kraftwagen bei einer Fahrt an die Front bei Madrid im Park von Casa de Campo auf einen falschen Weg und fiel in die Hände der Roten. Über das weitere Schicksal fehlt jede Nachricht. Es wird befürchtet, daß sie erschossen worden sind.

Polnische Würdigung der Anerkennung Francos.

Während die offiziellen Organe der polnischen Politik sich von jeder positiven Stellungnahme gegenüber der Anerkennung der Spanischen Nationalregierung durch das Deutsche Reich und Italien nach wie vor, offenbar vor allem mit Rücksicht auf die Stimmungen in England und Frankreich, zurückhalten findet sie in einem Teil der polnischen Presse nach kurzem Zögern jetzt eine positive Würdigung. Am weitesten geht darin der nationaldemokratische „Warszawski Dziennik Narodowy", der u. a. folgendes schreibt:

„Sollte die erbitterte Verteidigung Madrids irgend welche ernsteren Aussichten auf Erfolg haben, und sollte der dank der Hilfe Moskau geleistete Widerstand der Roten noch längere Zeit dauern und zum Ausgangspunkt für eine breitere aggressive Aktion ihrerseits werden, so würden wahrscheinlich Deutschland und Italien, gestützt auf ihre antikommunistische Verständigung und die Anerkennung der Regierung des Generals Franco, wirksamere Mittel einer Hilfe für die aufständischen Truppen finden. Dann könnte der spanische Bürgerkrieg, der schon heute eine internationale Bedeutung besitzt, sich in einen ernsten zwischenstaatlichen Konflikt von einer Reichweit verwandeln, die über die bisherige politische Rolle der iberischen Halbinsel bei weitem hinausgehen würde. Alles dies spricht dafür, die Anerkennung der Regierung Francos als ein wichtiges Ereignis in der europäischen Politik zu betrachten. Sie wird wahrscheinlich zu einem rascheren Abschluß des Bürgerkrieges und zur Abkühlung der Gemüter derjenigen politischen Kreise beitragen, die mit unverständlichem Eifer den Widerstand der spanischen Kommunisten unterstützen."

Soweit es sich um die Folgen für die anderen Staaten handelt, so gibt das Blatt seiner Ansicht dahin Ausdruck, daß es verständlich wäre, wenn sie dem Beispiel Deutschlands und Italiens folgen würden.

Geheimkuriere von roten Buschräubern ermordet.

Wie zahlreiche Londoner Blätter melden, beabsichtigt die Englische Regierung, die Spanische Nationalregierung demnächst in bedingter Form anzuerkennen. Dieser Schritt soll unter Vermeidung des Anscheins der Parteilichkeit in der Weise erfolgen, daß beiden spanischen Streitparteien die Rechte als kriegführende Mächte zuerkannt werden. Wie „Daily Telegraph" feststellt, werde die Londoner Regierung zunächst jedoch die Antwort General Francos auf ihre Anfragen zu dem angekündigten Bombardement von Barcelona abwarten. „Daily Expreß" bringt in diesem Zusammenhang eine aufsehenerregende Begründung dafür, weshalb Franco auf die britische Anfrage noch nicht habe antworten können. Das Blatt berichtet, daß zwei Geheimkuriere der Spanischen Nationalregierung auf dem Wege zwischen Burgos und Hendaye jenseits der französischen Grenze von roten Buschräubern überfallen und ermordet worden seien. Man habe Kuriertaschen gefunden; ihr Inhalt sei aber geraubt gewesen.

Ausländische Staatsbeamte hingerichtet.

Nach einer Mitteilung des Rundfunksenders Sevilla sind die in Bilbao ausgesprochenen Todesurteile gegen die Konsuln von Österreich und Ungarn, gegen einen paraguayanischen Beamten und einen italienischen Militärbeamten am Freitag vollstreckt worden.

Vier Brigaden der „Internationalen Armee" in Spanien.

Das Blatt der oppositionellen Labour Party, „Daily Herald", berichtet über die ausländischen Waffen- und Munitionslieferungen an die spanischen Bolschewisten und über die sogenannte „Internationale Armee", die zurzeit hinter den Linien der roten Streitkräfte gebildet werde. Diese Enthüllungen sind um so bemerkenswerter, als sie in einem Blatt veröffentlicht werden, das sich fortwährend über die angebliche „deutsche und italienische Einmischung" (!) in Spanien entrüstet.

Ein Sonderberichterstatter des Blattes berichtet u. a., daß der Oberbefehl der „Internationalen Armee" in den Händen von Männern liege, die eine „beträchtliche Erfahrung in Bürgerkriegen und Revolutionen an einer anderen Stelle in Europa" besäßen. Er bezieht seine Informationen von einem General, dessen Name international bekannt sei, den er aber nicht nennen dürfe.

Unter den Offizieren der „Internationalen Armee" seien viele frühere Soldaten der französischen Kolonialarmee.

Die Nationalität der Mannschaften verschweigt der Berichterstatter jedoch wohlweislich.

Er teilt lediglich mit, daß zwei Brigaden von 4000 Mann bereits an die Front geschickt worden seien, und daß eine dritte Brigade, darunter ein französisches Regiment, auf dem Wege sei. Eine vierte Brigade werde zurzeit ausgebildet. In der „Internationalen Armee" dienten auch 23 Engländer. Der Korrespondent berichtet weiter, daß die marxistischen Kampfflugzeuge von den modernsten Typen größter Geschwindigkeit seien. Die Marxisten seien ferner mit moderner Artillerie, Tankabwehrgeschützen, leichten Geschützen, Maschinengewehren, Flaks und neuen Scheinwerfern beliefert worden. Auch Munitionsreserven seien reichlich vorhanden.

Sowjetadmiral — Kommandeur der Roten Seestreitkräfte.

Nach Meldungen aus Barcelona ist zwischen Sowjetrußland und den bolschewistischen Behörden Spaniens eine Vereinbarung getroffen worden, nach der mit sofortiger Wirkung die spanischen roten Kriegsschiffe durch sowjetrussische Mannschaften besetzt werden. Die oberste operative Leitung der roten spanischen Seestreitkräfte soll der frühere Admiral der sowjetrussischen Flotte im Schwarzen Meer, Raschanow, bekommen. Der berüchtigte Kreuzer „Jaime I." soll sein Flaggschiff werden. Sowjetrussische Marineoffiziere sind bereits nach Barcelona unterwegs, so daß schon am kommenden Dienstag die erste Ausfahrt der neubemannten spanisch-russischen Kriegsflotte erfolgen soll. Diese Streitkräfte sind mit zahlreichen sowjetrussischen Wasserflugzeugen ausgerüstet, wie auch die spanischen Häfen zu Wasserflugstützpunkten ausgebaut worden sind.

Nach gleichen Meldungen haben die Roten auch in den übrigen Küstengebieten Ostspaniens ausgedehnte Verteidigungsanlagen geschaffen. Es wird behauptet, daß ein russisches Flugzeuggeschwader, das gegenwärtig im Hafen von Barcelona liege, in den nächsten Tagen Angriffe auf die Balearen-Inseln ausführen wolle, die bekanntlich in der Händen der Nationalregierung sind.

Republik Polen.

Beginn der Sejmsession am 3. Dezember.

Noch in dieser Woche wird die Verordnung des Staatspräsidenten über die Einberufung der gewöhnlichen Haushaltssession des polnischen Parlaments erwartet. Die erste Sitzung des Sejm wird wahrscheinlich am 3. Dezember stattfinden. Vor dem Weihnachtsfest werden noch zwei oder drei Sitzungen abgehalten werden, worauf das Parlament in die Ferien geht.

Erfüllung der Forderungen der Wilnaer Studenten zugesagt.

Die Wilnaer Studenten haben am Montag vormittag das seit neun Tagen von ihnen besetzte Akademische Haus geräumt und sich in geschlossenem Zuge in die St. Johanneskirche begeben, wo der Erzbischof eine Dankmesse zelebrierte. Nach Meldungen nationalistischer Blätter ist die Räumung des Akademischen Hauses und die Einstellung des Hungerstreiks auf die den Studenten von seiten des Wilnaer Erzbischofs und den früheren Rektoren der Universität gegebene Versicherung erfolgt, daß die gegen das Überhandnehmen des Judentums gerichteten Forderungen der Studenten in vollem Umfange erfüllt werden würden.

Skladkowski wieder auf Reisen.

Ministerpräsident General Skladkowski hat seine Besichtigungsarbeiten in der Provinz wieder aufgenommen. Er erschien dieser Tage überraschend in einer Reihe von Ortschaften der Wojewodschaft Bialystok, wo er sich vor allem für die Zusammenhänge der dortigen judenfeindlichen Kundgebungen interessierte, die polizeilichen Sicherheitsvorkehrungen nachprüfte, und dann auch Stichproben für die amtliche Behandlung der Preisbildung vornahm. Der Ministerpräsident traf auch, wie üblich, an Ort und Stelle verschiedene Verfügungen in seiner Eigenschaft als Innenminister, um örtliche Mißstände zu beheben und Notstände zu lindern.

Redeverbot für Senator Wiesner.

Nachdem zwei Protestversammlungen der Deutschen Volksgruppe in Polen wegen der Entlassung von sechs deutschen Lehrern behördlicherseits verboten wurden, berief der Landesleiter der Jungdeutschen Partei, Senator Wiesner, eine Versammlung im Kreise Neutomischl ein, wo er über das Thema „Recht der Deutschen Volksgruppe in Polen" zu sprechen beabsichtigte. Die Versammlung wurde erneut mit dem Hinweis, daß durch sie die öffentliche Ruhe bedroht werden könne, verboten.

Ein Vortrag des stellvertretenden Landesleiters der Jungdeutschen Partei, Wilhelm Schneider, in Bromberg, wurde gleichfalls verboten.

Professor Gerlach-Basel wieder im Amt.

Der Baseler Regierungsrat hatte bekanntlich am 18. August den Leiter des pathologisch-anatomischen Instituts der Baseler Universität, Professor Dr. W. Gerlach, fristlos entlassen. Professor Gerlach, der eingeschriebenes Mitglied der NSDAP ist, war eine aktive Betätigung als Nationalsozialist vorgeworfen worden, die — wie es im Entscheid der Regierung hieß — mit seiner Stellung als Universitätsprofessor unvereinbar sei. Aus diesem Grunde war seine Entlassung verfügt worden. Gegen diesen Regierungsbeschluß hat Professor Gerlach Berufung eingelegt, der vom Appellationsgericht in seiner Eigenschaft als Disziplinargericht stattgegeben worden ist. In seiner Sitzung am Montag hat das Disziplinargericht den Beschluß des Regierungsrates aufgehoben. Professor Gerlach ist also wieder in sein Amt eingesetzt worden.

Ludwig Manzel †.

Der bekannte Bildhauer Professor Ludwig Manzel, von dem u. a. die große Hindenburg-Büste im Berliner Zeughaus und der große „Manzel-Brunnen" in Stettin stammt, ist im Alter von 78 Jahren in Berlin gestorben.

Aus Stadt und Land.

Bromberg, 24. November.

Neblig, strichweise Sprühregen.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet verbreitete Morgennebel, strichweise Sprühregen, tagsüber stellenweise aufheiterndes Wetter bei wenig veränderten Temperaturen an.

Falsche 50 Złoty-Scheine.

In letzter Zeit sind falsche 50 Złoty-Scheine in den Verkehr gebracht worden. Die Falsifikate tragen das Datum des 1. September 1929 (Typ III), sie sind im allgemeinen nicht gleich zu unterscheiden, sind aber bei sorgfältiger Betrachtung dennoch als Falsifikate gut erkennbar. Sie sind auf gewöhnlichem weichen Papier gedruckt. Das typische Netz, das bei den echten Scheinen eingeprägt ist, ist bei den Falsifikaten auf mechanischem Wege aufgepreßt worden. Das Wasserzeichen mit dem Bildnis Königs Batory und mit der Zahl 50 ist nicht im Papier enthalten sondern nachträglich aufgedruckt worden. Dadurch sind die falschen Scheine am leichtesten von den echten zu unterscheiden. Hinzu kommt, daß die Länge der Zeichnung sowohl auf der Vorder- wie auf der Rückseite um etwa fünf Millimeter länger ist als bei den echten, während die Druckseite bei den echten Scheinen eine Länge von 127 Millimeter besitzt, ist die Druckseite bei den Falsifikaten 132 Millimeter lang. Dadurch ist der weiße Rand des Scheines schmaler.

Es wird gebeten, bei der Feststellung eines falschen 50 Złoty-Scheines die zuständige Behörde zu benachrichtigen.

---

§ **Ein größeres Feuer** brach heute Nacht in der Möbel-Beschlag-Fabrik Wacław Millner in der Heinestraße (Mazowiecka) 29 aus. Das Feuer entstand im Keller des Fabrikgebäudes, wo sich ein Ofen zur Härtung der Werkzeuge befindet. Die hier untergebrachten verschiedenartigen Öle gaben dem Feuer reichliche Nahrung. Die Arbeiter der Nachtschicht beobachteten den Brand erst, als bereits die Flammen aus den Kellerfenstern herausschlugen. Die Feuerwehr rückte mit zwei Abteilungen an. Inzwischen hatte das Feuer auf die anliegende Schleiferei übergegriffen. Die Feuerwehr konnte erst nach großen Anstrengungen des Brandes Herr werden und das Feuer auf seinen Herd beschränken. Die Ursache des Brandes konnte bisher nicht festgestellt werden.

§ **Ein kleines Feuer** entstand am Sonnabend vormittag in der Engros-Kaffee-Rösterei der Firma Carl Behrend in der Danzigerstraße 23. Das Feuer brach beim Kaffeebrennen aus, konnte aber durch die Belegschaft sofort wieder gelöscht werden.

§ **Ein rabiater Hausierer.** In die Wohnungen und Geschäfte pflegen von Zeit zu Zeit Hausierer zu kommen, die Bleistifte und Papier feilbieten. So kam auch am Montag ein etwa 35 Jahre alter Mann in ein Manufakturwarengeschäft in der Danziger Straße. Als ihm gesagt wurde, man benötige keine Schreibmaterialien, benahm sich der Hausierer derart aufdringlich, daß er nur gewaltsam wieder aus dem Geschäft entfernt werden konnte. Am Nachmittag des gleichen Tages stattete er der Drogerie Max Walter in der Danziger Straße 61 seinen Besuch ab. Auch hier bot er Bleistifte und Schreibpapier feil. Er gab sich mit dem Hinweis nicht zufrieden, daß ihm erst vor wenigen Tagen Bleistifte und Papier abgekauft worden seien, sondern versuchte in aufdringlicher Art seine Waren zu verkaufen. Als man ihn schließlich hinauswies, schlug er die Scheibe der Eingangstür entzwei und ergriff die Flucht. Straßenpassanten, die diesen Vorgang beobachteten, verfolgten den Flüchtling, konnten ihn ergreifen und dem geschädigten Geschäftsinhaber wieder zuführen. Die benachrichtigte Polizei nahm den rabiaten Hausierer fest. Der angerichtete Schaden beträgt 150 Złoty.

§ **Aus dem Gerichtssaal.** Der 33jährige, vorbestrafte Feliks Barczewski von hier hatte sich wegen Diebstahls vor dem hiesigen Burggericht zu verantworten. Im Mai d. J. entwendete der Angeklagte von einem Neubau in der Zelegowskastraße eine Eisenröhre. Das Gericht verurteilte ihn zu 6 Monaten Gefängnis. — Gleichfalls wegen Diebstahls hatte sich der 24jährige Arbeiter Franciszek Dembiński zu verantworten. Nach einer Kneiperei mit dem Schiffer Ludwik Cieśniewski geriet er mit diesem in einen Streit, der in eine Prügelei ausartete und bei welcher Gelegenheit er dem C. einen Betrag von 220 Złoty entwendete. Der Angeklagte, der sich nicht zur Schuld bekennt, wurde vom Gericht nach Schluß der Beweisaufnahme zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

§ **Wegen tätlicher Beamtenbeleidigung** hatte sich vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts der 21 jährige Arbeiter Leon Lubecki aus Fordon zu verantworten. Der Angeklagte hatte in angetrunkenem Zustande den Polizisten Franciszek Sobestiański, als dieser ihn wegen Ruhestörung verhaften wollte, tätlich angegriffen. Das Gericht verurteilte ihn zu vier Monaten Arrest.

---

k **Czarnikau** (Czarnków), 23. November. 90jähriges Geschäftsjubiläum. In Czarnikau befindet sich die Buch- und Papierhandlung J. Deuß, das einzige Geschäft, welches schon seit 90 Jahren im Besitz der gleichen Familie ist. Der Apothekersohn aus dem Rheinlande, Buchbindermeister Julius Deuß hat am 25. November 1846 die Firma gegründet. Außer der Buchbinderei, Buch- und Papierhandlung errichtete er später noch eine umfangreiche Leihbibliothek und ein photographisches Atelier, das erste Photo-Atelier in hiesiger Stadt. Im Mai 1872 erwarb er dazu noch ein Geschäft am Markt, dessen Leitung sein Sohn Alexander Deuß übernahm. Letzterer wurde 1878 Besitzer beider Geschäfte, welche er 1881 im eigenen Hause am Markt vereinigte. 1887 erweiterte Alexander Deuß sein Unternehmen durch Einrichtung einer Buchdruckerei und gab von 1900 bis 1910 eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung, den „Czarnikauer Anzeiger“ heraus. Infolge der politischen Umwälzung stellte er jedoch den gesamten Buchdruckereibetrieb ein. Seit seinem Tode am 1. Januar 1929 leitet sein Schwiegersohn Rudolf Benek die alte Buch- und Papierhandlung weiter. Hoffentlich ist es der Firma J. Deuß vergönnt, trotz der schwierigen Wirtschaftsverhältnisse auch noch das 100 jährige Geschäftsjubiläum zu feiern.

st **Eichdorf** (Kobylarnia), 23. November. Dem Besitzer Ernst Grischau aus Eichdorf wurden aus der Wohnung 40 Złoty gestohlen. Grischau benachrichtigte die Polizei, die in kurzer Zeit den Täter feststellen konnte. Er hatte jedoch schon einen Teil des Geldes verbraucht.

b **Goldfeld** (Trzeciwiec), 23. November. Durch ein eingeschlagenes Fenster drangen Diebe in den Stall des Besitzers Alfred Franz in Bösendorf und stahlen 17 Enten und 15 Hühner.

In der letzten Generalversammlung der Ortsgruppe Włóki der Welage wurde der bisherige Vorsitzende, Bauer Paul Wirth-Trzeciwieic, wiedergewählt. Neu in den Vorstand wurden Bauer Otto Poos-Trzeciwieic sowie Bauer Paul Wilske-Dobrz gewählt. Nach Erledigung wichtiger Tagesfragen durch den Geschäftsführer Steller, hielt Willi Damaschke-Bromberg einen interessanten Vortrag über „Bauer und Volk“, der sehr viel Beifall fand.

S **Moritzfelde** (Murucin), 22. November. Heute Nacht wurden dem Besitzer P. Litza hierselbst zwei fette Gänse gestohlen. — In derselben Nacht stahlen Diebe der Bäuerin Frieda Mahlke in Hohenwalde (Drzewianowo) 20 Hühner. — In der Nacht vorher wurden dem Bauern Hugo Baumgart ein Zentner Gerste, ein Zentner Hafer und ein Zentner Kleie entwendet.

Wir gehn dahin — —

Von Hans Franck

Wir gehn dahin und wissen nicht wie bald.
Die Wasser werden bleiben und der Wald.
Die Erde und die Wolken und der Stein —
Sie werden sein.

Wir gehn dahin und wissen nicht wie bald.
Begonnen kaum, ist unser Lied verhallt,
Was wir getan, gedacht, geweint, gelacht,
Versinkt in Nacht.

Wir gehn dahin und wissen nicht wie bald.
Nur wer wie Wasser strömt, zu Fels sich ballt,
Wie Wälder wächst, die Erde überblüht,
Nie ganz verglüht.

Wir gehn dahin und wissen nicht wie bald.
Doch was durch uns hinweg mit Urgewalt
Aus Ewigem ins Ewige heimwärts treibt —
Das bleibt.

Wir gehn dahin und wissen nicht wie bald —

& **Posen**, 22. November. Bei einer schweren Tierquälerei ertappt wurden dieser Tage auf der Schrodka von dem Tierschutzinspektor zwei jüdische Exporteure und ein Treiber, die mit einem merkwürdigen Pferdetransport aus dem Kreise Birnbaum 22 Stunden unterwegs waren. Die Pferde gingen sämtlich nur auf drei Beinen, waren aber mit den Schwänzen aneinandergebunden, so daß sie vor Erschöpfung nicht zusammenbrechen konnten. Die Treiber schlugen mit dicken Knüppeln auf die armen Tiere, die für das Schlachthaus bestimmt waren, ein. Die herzlosen Tierquäler sind zur Anzeige gebracht worden. Das seit kurzem eingerichtete Tierschutz-Sondergericht des hiesigen Burggerichts dürfte für die Tierquäler hoffentlich recht exemplarische Strafen finden.

+ **Schubin**, 23. November. Der stellvertretende Finanzamtsleiter wird Interessenten in Steuerangelegenheiten im laufenden Monat wie folgt empfangen: In Bartschin am 25., von 10—12 Uhr, in Labischin am 27., von 9—11 Uhr und in Exin am 30., von 9.30—11.30 Uhr.

Der Kreisrat beschloß u. a in seiner letzten Sitzung am 18. d. M. unter dem Vorsitz des Starosten Rodziewicz, für die Aufrüstung vom Kreise aus 20 000 Złoty bereitzustellen.

ss **Wreschen** (Września), 22. November. In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde der wiedergewählte Bürgermeister Soltesiak durch den Kreisstarosten Kowalewski in sein Amt eingeführt. Beschlossen wurde, dem Landesverteidigungsfonds 2000 Złoty zu überweisen.

Aus Kongreßpolen und Galizien.

Blutige Liebestragödie.

In einem Warschauer Restaurant ertönte plötzlich ein Revolverschuß, und einer der Gäste, der stundenlang für sich allein bei einer Flasche Kognak am Tisch gesessen hatte, stürzte blutend zu Boden. Als das Personal hinzueilte, konnte er nur noch die Worte hervorbringen: „Ich bin der Sohn des Amtsrichters von Zegrze . . .“ Dann verlor er das Bewußtsein, das er auch nach seiner Überführung ins Krankenhaus bisher nicht wiedererlangt hat. Unter dem Tisch fand man den Revolver, aus dem der Schuß abgegeben worden war. Es war der zweite Schuß aus der Waffe gewesen. Wohin aber war der erste gegangen? Man verständigte die Angehörigen und die Polizei des in der Nähe der polnischen Hauptstadt gelegenen Ortes Zegrze, um Aufschluß über die Motive der Verzweiflungstat zu erhalten. Dabei kam man auf die Spur einer furchtbaren Tragödie. Der junge Sohn des Amtsrichters hatte sich in eine verheiratete Frau verliebt, fand aber keine Gegenliebe. Er bat sie, zu einer letzten Aussprache noch einmal mit ihm spazieren zu gehen, und sie willigte ein. Während des Spaziergangs hat der unglückliche Liebhaber dann die Frau erschossen und die Leiche im Walde unter Laub und Ästen vergraben. Darauf fuhr er nach Warschau, ging in das Restaurant und begann sich sinnlos zu betrinken, um den Mut zu finden, sich die zweite Kugel aus seinem Revolver selbst in den Kopf zu jagen. Sein Zustand ist sehr ernst, doch sind die Verletzungen nicht so schwer, daß Lebensgefahr besteht. Ein Polizist wartet jetzt an dem Krankenbett, um zu verhindern, daß der Kranke einen zweiten Selbstmordversuch begeht.

Wieder ein Eisenbahnunglück.

In der Nacht zum Sonnabend kam es unweit von Krakau wiederum zu einer Eisenbahnkatastrophe. Infolge falscher Weichenstellung fuhr ein von Warschau kommender Schnellzug auf ein Hindernis auf. Eine Person wurde getötet, vier schwer verletzt und viele andere erlitten leichte Verletzungen.

Inzwischen hat das vorhergegangene größere Eisenbahnunglück bei Chabówka auf der Strecke Krakau—Zakopane noch nachträglich zwei weitere Todesopfer unter den Verletzten gefordert, darunter ein vierjähriges Kind. Die Zahl der Toten dieses ersten Unglücks hat sich damit auf sechs erhöht.

Da am Sonnabend auch noch ein dritter kleinerer Eisenbahnunfall zu verzeichnen war, der glücklicherweise keine Opfer an Menschenleben forderte, so ist die Öffentlichkeit über diese Häufung der Betriebsunfälle auf der Eisenbahn in der Nähe von Krakau lebhaft beunruhigt. Die Schuldfrage bei den beiden größeren Katastrophen ist vorläufig noch Gegenstand der Untersuchung.

Deutsche Vereinigung.

Versammlungskalender.

Og. **Eichdorf:** Jeden Dienstag nach dem 1. und 15. Mitgl.-Vers.
Og. **Tannheim:** Jeden 1. Sonntag im Monat Mitglieder-Vers.
Og. **Strelno:** Jeden Donnerstag, 19 Uhr, Mitglieder-Versammlung der jungen Mitglieder.
Og. **Mrotschen.** 24. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag) in Słupówko.
Og. **Bagnitz.** 24. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. bei Krüger-Kamienica.
Og. **Beek.** 24. 11., 20 Uhr, Mitgl.-Vers. bei Skibba.
Og. **Eiselau.** 24. 11., 20 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Baumann.
Og. **Eggertshütte.** 24. 11., 16 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag).
Og. **Obornik.** 24. 11., 19 Uhr, Mitglieder-Versammlung.
Og. **Culm.** 24. 11., 19 Uhr, öffentliche Vers., Vereinshaus.
Og. **Paulsfeld.** 24. 11., 18 Uhr, Mitgl.-Vers. bei Kantorski.
Og. **Posen.** 24. 11., 20 Uhr, Lichtbilder-Vortrag Vg. Hepke, „Polens Landschaften, Städte und Volksstämme“. Deutsches Heim.
Og. **Pollenschin.** 25. 11., 18 Uhr, Mitglieder-Versammlung (Bildervortrag) bei Schafferus.
Og. **Friedheim.** 25. 11., 18.30 Uhr, öffentliche Vers. bei Vorkörper.
Og. **Płowęż.** 25. 11., Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag).
Og. **Kletzko.** 25. 11., 18 Uhr, öffentliche Vers. bei Vg. Görgens.
Og. **Lubiewo.** 25. 11., 18 Uhr, Mitgl.-Vers. bei Kłóska in Lubiewo.
Og. **Schöneck.** 25. 11., 17 Uhr, öffentliche Versammlung b. Wodrich.
Og. **Sartschin.** 26. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag) bei Walczak.
Og. **Rogowo.** 26. 11., 18 Uhr, öffentl. Vers. bei Kanzlarz.
Og. **Bagnitz.** 26. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag) im Konfirmandensaal in Bagnitz.
Og. **Grutschno.** 26. 11., 18 Uhr, öffentl. Vers. bei Tunak.
Og. **Radojewice.** 26. 11., 15.30 Uhr, öffentliche Vers. bei Kosowski.
Og. **Orchowo.** 26. 11., 16 Uhr, öffentl. Vers. bei Przybylska.
Og. **Hohensalza.** 26. 11., 20 Uhr, Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag) im Heim.
Og. **Kłódka młyn.** 26. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. der jungen Mitgl. bei Hinz.
Og. **Kokocko.** 26. 11., 17 Uhr, öffentl. Vers. bei Schiemann in Czarze.
Og. **Bartschin.** 26. 11., 19 Uhr, öffentliche Vers. bei Klettke.
Og. **Samotschin.** 26. 11., 18.30 Uhr, öffentl. Vers. bei Raatz.
Og. **Romanowo.** 27. 11., 16 Uhr, Mitgl.-Vers., Vortrag Reissert, bei Hellwig.
Og. **Zempelburg.** 27. 11., 19 Uhr, öffentl. Vers. im Hotel Centralny.
Og. **Schlehen.** 27. 11., 19.30 Uhr, Mitgl.-Vers.
Og. **Czarnikau.** 27. 11., 20 Uhr, Mitgl.-Vers., Vortrag Reissert, bei Grodzki.
Og. **Piotrowo.** 27. 11., 18 Uhr, öffentl. Vers. bei Andreas in Piotrowo.
Og. **Wongrowitz.** 27. 11., 16 Uhr, öffentliche Vers.
Og. **Tremessen.** 27. 11., 18.15 Uhr, öffentl. Vers. bei Mikulski.
Og. **Neuenburg.** 28. 11., öffentl. Vers. bei Borkowski.
Og. **Stargard.** 28. 11., 20 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) im Deutschen Klub.
Og. **Bösendorf.** 28. 11., 17 Uhr, öffentl. Vers. bei Oborski.
Og. **Dragaß.** 28. 11., 18 Uhr, Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag) im Hotel Adler.
Og. **Dritschmin.** 28. 11., 18 Uhr, Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag) im Heim, Falkenhorst.
Og. **Rynarzewo.** 28. 11., 18 Uhr, öffentl. Vers. bei Schlieter.
Og. **Crone.** 28. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. im Hotel Nowak.
Og. **Santomischel.** 28. 11., 19.30 Uhr, Mitgl.-Vers. im Heim.
Og. **Rosmin.** 28. 11., 18 Uhr, Jahresfest bei Brummund.
Og. **Zacharschin.** 28. 11., 16 Uhr, Mitgl.-Vers., Vortrag Reissert.
Og. **Samotschin.** 28. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers., Vortrag Reissert, bei Raatz.
Og. **Margonin.** 29. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag).
Og. **Briesen.** 29. 11., 16 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) im Vereinshaus.
Og. **Wollstein.** 29. 11., 15 Uhr, öffentl. Vers. bei Cebulski in Widzim Stare.
In **Goßlershausen** 29. 11., 16 Uhr, öffentl. Vers. im Hotel Paul.
Og. **Tremessen.** 29. 11., 17 Uhr, Mitgl.-Vers. bei Lengert in Jaftrzembowo, verlegt auf den 13. 12.
Og. **Wissek.** 29. 11., 15 Uhr, Mitgl.-Vers., Vortrag Reissert, bei Dorsch in Elsingen.
Og. **Briesen.** 29. 11., 16 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) im Vereinshaus.
Og. **Friedheim.** 29. 11., 18.30 Uhr, Mitgl.-Vers. mit anschl. Vortrag Reissert.
Og. **Schwersenz.** 29. 11., Mitglieder-Versammlung.
Og. **Schokken.** 29. 11., Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag).
Og. **Culm.** 29. 11., 15 Uhr, Mitgl.-Vers., Vereinshaus.
Og. **Gnesen.** 29. 11., 16 Uhr, Lichtbildervortrag Hepke „Polens Landschaften, Städte und Volksstämme“.
Og. **Bordzichau.** 29. 11., 15.30 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Steiniger.
Og. **Villisaß.** 30. 11., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Templin.
Og. **Piasken.** 1. 12., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. bei Schön.
Og. **Mewe.** 1. 12., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag).
Og. **Hohenkirch.** 1. 12., 18 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Plötz.
Og. **Dębowałaka.** 3. 12., 14 Uhr, Mitgl.-Vers., 16.30 Uhr, Bildervortrag im Gemeindehaus.
Og. **Warlubien.** 3. 12., 18 Uhr, Bildervortrag bei Popławski.
Og. **Zempelburg.** 5. 12., 20 Uhr, Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag) bei Frau Bonin.
Og. **Strasburg.** 5. 12., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag).
Og. **Soldau.** 6. 12., 15 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) im Hotel Masowia.
Og. **Dritschmin.** 6. 12., 17 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) in Falkenhorst.
Og. **Tannheim.** 6. 12., Mitgl.-Vers. (Schulungsvortrag).
Og. **Rawitsch.** 8. 12., 16 Uhr, Mitgl.-Vers. für Frauen.
Og. **Bukowitz.** 9. 12., 18 Uhr, Mitgl.-Vers. (Bildervortrag) bei Czajkowski.
Og. **Schwetz.** 10. 12., 20 Uhr, Mitgl.-Vers. bei Dahm.
Og. **Grutschno.** 11. 12., 18 Uhr, Mitgl.-Vers. bei Tunak.
Og. **Prust.** 12. 12., 19 Uhr, Mitgl.-Vers. im Raiffeisensaal.
Og. **Tiergarten.** 13. 12., Mitglieder-Versammlung. 7985

Freie Stadt Danzig.

Rückkehr Greisers im Dezember.

(Von unserm Danziger Mitarbeiter.)

Die Pressestelle des Senats gibt folgende amtliche Verlautbarung aus: „Der Gesundheitszustand des Präsidenten des Senats Greiser, der bekanntlich zur Kur in Bad Wildungen weilt, hat sich erfreulicherweise gebessert. Senatspräsident Greiser wird bis Ende November seine Kur beenden und nach einer kurzen Nachkur in der ersten Dezemberhälfte nach Danzig zurückkehren, um seine Amtsgeschäfte wieder aufzunehmen.“

Wer wird Lesters Nachfolger?

Einer Havas-Meldung zufolge wird in offiziellen englischen Kreisen die Meldung dementiert, wonach der Oberkommissar des Völkerbundes in Danzig, Lester, durch Stevenson vom englischen Auswärtigen Amt ersetzt würde. Es wird dazu bemerkt, daß der Nachfolger Lesters erst später durch den Völkerbundrat bezeichnet werden soll.

Wasserstand der Weichsel vom 24. November 1936.

Krakau — 2,58 (— 2,58), Zawichost + 1,98 (+ 2,14), Warschau + 1,70 (+ 1,63), Płock + —.— (+ —.—), Thorn + 1,61 (+ 1,64) Fordon + 1,57 (+ 1,62), Culm + 1,50 (+ 1,53), Graudenz + 1,69 + 1,72), Kurzebrak + 1,8[illegible] (+ 1,86), Piekel + 1,24 (+ 1,32), Dirschau + 1,32 (+ 1,41), Ein[illegible]age + 2,44 (+ 2,44), Schiewenhorst + 2,58 (+ 2,50) (In Klamme[illegible] die Meldun[illegible] des Vortages.)

Chef-Redakteur Gotthold Starke; verantwortlicher Redakteur für Politik Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft Arno Ströse; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepke; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann, T. z o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Hauptgewinne der 37. Polnischen Staatslotterie

II. Klasse (ohne Gewähr)..
3. Tag. Vormittagsziehung
20000 zł. Nr.: 22846.
5000 zł. Nr.: 65852 166556.
2000 zł. Nr.: 76998 85906 131145.
1000 zł. Nr.: 33933 90025 107609.
500 zł. Nr.: 70211 92382 96597 113192 133268 164805 189683.
400 zł. Nr.: 7692 40144 79013 93747 95679 99262 101207 158973 181667 187500.
3. Tag. Nachmittagsziehung.
50000 zł. Nr.: 19645.
25000 zł. Nr.: 24166.
10000 zł. Nr.: 93501.
5000 zł. Nr.: 59457.
2000 zł. Nr.: 43903 56491 95154.
1000 zł. Nr.: 61043 135255 148260 165627 190871.
500 zł. Nr.: 100791 124759 160016 183519 194732.
400 zł. Nr.: 8023 14507 25069 34113 46553 68461 129893 177004 177690.

Kleinere Gewinne, die im obigen Auszug nicht angegeben sind kann man in der Kollektur **„Uśmiech Fortuny", Bydgoszcz,** Pomorska 1 oder **Toruń,** Zeglarska 31, feststellen.

Pommerellen.

24. November.

Graudenz (Grudziądz)

Geistliche Abendmusik.

Das Interesse für geistliche Musik, das in unserer deutschen Bevölkerung vorhanden ist, zeigte sich erfreulicherweise wieder einmal in dem recht zahlreichen Besuch, den die am Totensonntag in der evangelischen Kirche veranstaltete Abendmusik zu verzeichnen hatte. Der Veranstalter, Karl Julius Meißner, spielte zu Beginn der Vesper auf der Orgel Joh. Gottfried Walthers, eines Mitarbeiters Luthers, „Was Gott tut, das ist wohlgetan". Cilly Konopatzki aus Danzig sang sodann Joh. Seb. Bachs „Komm, süßer Tod" und „Gib dich zufrieden". Die Sängerin verfügt über einen angenehm klingenden, weichen, die hohen Lagen mühelos bewältigenden und gerade darin besonders ansprechenden Sopran. Bach kam dann noch einmal in seiner „Sarabande", gespielt von dem einheimischen Cellisten Willi Sanewski zu Gehör. Von D. Buxtehude, der im nächsten Jahr durch einen 300jährigen Gedenktag gefeiert werden wird, hörten wir „Präludium, Fuga und Ciacona". Karl-Julius Meißner zeigte hier, daß er auch den Schwierigkeiten, die gerade dieses Werk in technischer Hinsicht bietet, gewachsen ist. Auch das Largo aus dem Konzert a-moll von Antonio Vivaldi, das der Graudenzer Violinist Karl Meißner spielte, war ein schöner Beitrag. Zartheit und Süße erklang aus „Friede sei mit Euch" und „Ruh'n in Frieden alle Seelen", das Cilly Konopatzki sang. Eindrucksvoll war Robert Schumanns „Andante" aus opus 129, ein Werk das an den vortragenden Cellisten (Sanewski) große Anforderungen stellte. Im weiteren brachte das Konzert noch die Camillo Schumannsche „Fuge über BBCH", vom Veranstalter auf der Orgel vorgetragen, ferner Glucks Andante für Violine, Cello und Orgel und als Schlußstück Bachs „Präludium" c-dur (Orgel). Die Begleitung der Gesänge wurde von K. J. Meißner (Orgel) bzw. Sanewski (Cello) ausgeführt. *

Ein zweiter Starostenprozeß,

der bekanntlich in Graudenz zu erwarten ist, wird, wie nunmehr feststeht, Anfang nächsten Monats vor der verstärkten Strafkammer des Bezirksgerichts stattfinden. Dem Angeklagten, den früheren Starosten des Kreises Schwetz, Stanisław Krawczyk, soll zur Last gelegt werden, im Laufe mehrerer Jahre seine amtlichen Befugnisse überschritten sowie eine nicht unerhebliche Summe (man spricht von etwa 17 000 Złoty) aus verschiedenen Fonds sich angeeignet zu haben. Übrigens war Starost K. schon einmal mit den Gesetzen in Konflikt geraten. Er wurde seinerzeit vom Bezirksgericht in Posen wegen Annahme von Bestechungsgeldern zu fünf Monaten Gefängnis verurteilt. Dieses Urteil fand durch das dortige Appellationsgericht Bestätigung. Auf die vom Verurteilten beantragte Kassation sollte sich dann das Oberste Gericht mit der Sache befassen. Inzwischen aber kam das Gesetz betreffend die Amnestie, und damit wurde die Sache niedergeschlagen. *

× **In der letzten Sitzung des Tierschutzvereins in Graudenz** wurden mehreren um die Sache des Tierschutzes verdienten vom Vorsitzenden Diplome, die der Hauptvorstand in Warschau ausgegeben hat, überreicht. Sodann berichtete der Vorsitzende über die am 3. Oktober d. J. in Warschau abgehaltene Hauptversammlung. Weiter besprach man eine Reihe wichtiger Angelegenheiten, wie die Einführung der sogenannten humanen Schlachtung im städtischen Schlachthause. Die Einrichtung einer Unterkunftsstätte für herrenlos sich umhertreibende Tiere und die Speisung von Vögeln während des Winters durch Schaffung von entsprechenden Anlagen auf den Bäumen in den Parks, Gärten usw. Beschlossen wurde, die Kontrolle des Geflügels auf den Märkten zu verschärfen, da sich gezeigt hat, daß auch weiterhin manchmal Hühner usw. in engen Käfigen gehalten werden und mitleidlose Personen die Tiere öfters an den Flügeln oder gar an den Beinen nach Hause tragen, was unzulässig und strafbar ist. *

× **Das finanzielle Ergebnis der Schulwoche.** In der dritten Schulwoche, die vom 2. bis zum 9. Oktober d. J. veranstaltet wurde, ergaben die für den Zweck der Errichtung von Schulbauten auf der Straße, in Lokalen usw. abgehaltenen Sammlungen und sonstigen dafür ins Werk gesetzten Vorstellungen und Verkäufe wertvollen Materials insgesamt die Summe von 1938,76 Złoty. *

× **Der Vollzugsausschuß der polnischen Arbeitslosenwinterhilfe** teilt offiziell mit, daß der Pommerellische Wojewodschaftsvollzugsausschuß für die geistigen und physischen Arbeiter an Stelle der Gebühren für Lokale und der Prozente vom Verdienst ein Pauschale von 10 Prozent von der gezeichneten Nationalanleihe beschlossen hat. Für diejenigen, die diese Anleihe nicht deklariert oder sie in geringerer Höhe gezeichnet haben, als dem gegenwärtigen Verdienst entspricht, soll die Höhe des derzeitigen monatlichen Einkommens zur Grundlage genommen werden. Die Arbeitgeber werden gebeten, die Hilfsaktion zu unterstützen und die gezeichneten Quoten der Stadtsparkasse (KKO) auf Konto 36661 zu überweisen. Die Beiträge können in Monatsraten bis zum 31. 3. 1937 entrichtet werden. *

× **Unfall mit Todesfolge.** Wie der Polizeibericht mitteilt, ereignete sich in der Straße Tuscherdamm (Pierackiego) ein schwerer Unfall, und zwar beim Entfernen von Betonsäulen. Der von dem Unglück betroffene Arbeiter Tomasz Pierzchanowski, wohnhaft Rehdenerstraße (Hallera) 50, wurde ins Krankenhaus gebracht, wo er verstarb. *

× **Vor dem Burggericht** hatte sich der Kaufmann Stefan Czarnecki von hier zu verantworten, und zwar deswegen, weil er am 11. Oktober selbstherrlich seine Untermieterin Zofia Lewandowska aus dem von ihr bewohnten Zimmer entfernt und ihre Möbel in einen Stall geschafft hat. Ein solches Verfahren erklärte der Richter als nicht den Bestimmungen entsprechend und erkannte auf zwei Wochen Arrest mit zweijähriger Bewährungsfrist. *

Thorn (Toruń)

Für den Erwerb überseeischer Kolonialgebiete

fand am Sonnabend, wie in anderen Städten, auch in Thorn eine seitens der Meeres- und Kolonial-Liga veranlaßte Propaganda statt. Um die Mittagszeit bewegte sich durch die fahnengeschmückten Straßen ein großer Propaganda-Umzug, in dem eine Reihe von Transparenten mit diesbezüglichen Inschriften mitgeführt wurden. Im Anschluß an den Umzug wurde im Pommerellischen Landestheater (Stadttheater) eine Akademie veranstaltet, in der Notar Zakrzewski als der Vorsitzende der Thorner Ortsgruppe der genannten Liga auf die Aktuellität der überseeischen Kolonialidee für Polen hinwies, während Professor Kłodziński einen erschöpfenden Vortrag über die Bedeutung von Kolonien für die Republik Polen hielt. Musikalische Darbietungen des Chors der militärischen Vorbereitung der Eisenbahner und der Kapelle des 63. Infanterie-Regiments umrahmten die Feier, an der der Pommerellische Wojewode Raczkiewicz, die Generalität und die Spitzen aller Behörden teilnahmen. Zu verschiedenen Tageszeiten wurden sodann aktuelle Nachrichten über die Kolonialidee sowie musikalische Darbietungen durch Lautsprecher auf dem Altstädtischen Markt (Rynek Staromiejski) übertragen. Den Abend beschloß eine Operetten-Aufführung des Landestheaters zum Besten der Meeres- und Kolonial-Liga. **

‡ **Der Wasserstand der Weichsel** betrug Sonntag früh 1,69 und Montag früh 1,64 Meter über Normal. — Im Weichselhafen trafen ein die Schlepper „Kołłątaj" mit einem mit Papier und drei mit Getreide beladenen Kähnen aus Warschau sowie „Bawaria" mit einem leeren und drei mit Sammelgütern beladenen Kähnen aus Włocławek. Erstgenannter nahm noch einen leeren Kahn hinzu und fuhr dann nach Brahemünde weiter, von wo er später mit zwei Kähnen mit Sammelgütern wieder zurückkehrte. Schlepper „Kozietulski" mit drei Kähnen mit Zucker und „Warszawa" mit je zwei Kähnen mit Zucker und Sammelgütern dampften nach Warschau ab, „Pollux" mit einer Holztrafte und „Posejdon" mit einem Kahn mit Mehl nach Danzig. Von hier kommend, brachte Schlepper „Konarski" zwei Kähne mit Sammelgütern nach Thorn und passierte Schlepper „Rozeta" mit einem leeren Kahn auf der Fahrt nach Warschau. Den regulären Personen- und Güterdienst auf der Strecke Warschau—Dirschau bzw. Warschau—Danzig versahen die Dampfer „Goniec", „Batory" und „Krakus" bzw. „Mars" und „Sowiński", in entgegengesetzter Richtung „Faust" und „Mickiewicz" bzw. „Belgia" und „Atlantyk". **

t **Standesamtliche Nachrichten.** In der Woche vom 15. bis 21. November gelangten beim Thorner Standesamt zur Anmeldung und Registrierung: 25 eheliche Geburten (14 Knaben und 11 Mädchen), darunter eine Mädchen-Zwillingsgeburt), 3 außereheliche Geburten (1 Knabe und 2 Mädchen) sowie 27 Todesfälle (11 männliche und 16 weibliche Personen), darunter 8 Personen im Alter von über 60 Jahren und 8 Kinder im ersten Lebensjahre. In demselben Zeitraum wurden 10 Eheschließungen vollzogen. **

‡ **Am Totenfest-Sonntag** hielt Pfarrer Dey vormittags auf dem Neustädtischen und dem Altstädtischen Kirchhof je eine Feierstunde ab, die sehr gut besucht waren. Im Anschluß daran verweilte man an den liebevoll geschmückten Gräbern seiner Angehörigen. Um 5 Uhr nachmittags fand sodann in der altstädtischen evangelischen Kirche der gleichfalls von Pfarrer Dey gehaltene Hauptgottesdienst statt, der durch musikalische und chorische Darbietungen sehr reich ausgestattet war. Leider machte sich in dem vollbesetzten Gotteshause die nachmittagliche Lautsprecherübertragung (vom Rathause) anläßlich des Kolonialtages sehr störend bemerkbar, besonders während der Predigt. An den Gottesdienst schloß sich die Feier des heiligen Abendmahls an. **

* **Achtung, Hausbesitzer!** Die Abgaben für den Arbeitsfonds (Fundusz Pracy) von den Mietseinnahmen aus dem 3. Vierteljahr sind, woran nochmals erinnert sei, bis zum 30. November bei der Finanzkasse (Kasa Skarbowa) einzuzahlen. Es sind dabei besondere Formulare zu verwenden, die beim Finanzamt erhältlich sind. Nichtentrichtung der Abgabe wird mit Geldstrafe bis zu 2000 Złoty geahndet. — Es wird ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht, daß die Abgabe auch von den Mietseinnahmen aus neuerbauten Häusern zahlbar ist und daß ebenso diejenigen Hausbesitzer sie leisten müssen, denen die Mietseinnahmen seitens der Gläubiger beschlagnahmt sind. **

v **Die Kommission für die Registrierung mechanischer Fahrzeuge** wird in Thorn am 7. und 21. Dezember d. J. von 8 bis 13,30 Uhr vor dem Gebäude der Bau- und Verkehrsabteilung des Wojewodschaftsamts in der Kloßmannstraße (ul. Krasińskiego) amtieren. **

v **Ein Fußbodenbrand** entstand am Sonnabend bei dem Mieter Helmut Müller in der Konduktstraße (ul. Wodna) und konnte in kurzer Zeit durch die herbeigerufene Feuerwehr gelöscht werden. Das Feuer vernichtete zirka zwei Quadratmeter des Fußbodens. Die Entstehungsursache ist noch unbekannt. **

‡ **Die Feuerwehr** wurde Montag früh nach 7 Uhr nach dem ehemaligen Diakonissen-Krankenhaus in der Schwerinstraße (ul. Batorego) 17/25 gerufen. Hier war durch einen undichten Ofen, der für den Waschbetrieb und für Desinfektionen bestimmt ist, ein Brand ausgebrochen, dem etwa 6 Quadratmeter Dachfläche zum Opfer fielen. Das Feuer, das einen Schaden von ungefähr 500 bis 600 Złoty angerichtet hat, konnte in einstündiger Arbeit bekämpft werden. **

v **Spurlos verschwunden** ist der Gerberstraße (ul. Wielkie Garbary) 11 wohnhafte Franciszek Piekut. P. hat sich am 18. d. M. von Hause entfernt und ist bis zum heutigen Tage nicht zurückgekehrt. Der Vermißte wird jetzt polizeilich gesucht.

v **Infolge allgemeiner Körperschwäche** ist Sonntag nachmittag der Bankstraße (ul. Bankowa) 11 wohnhafte Antoni Grzegorzewski in seiner Behausung plötzlich zusammengebrochen. Der Erkrankte fand Aufnahme im Stadtkrankenhaus. **

‡ **19 kleinere Diebstähle** in Stadt- und Landkreis Thorn wurden am Sonnabend und Sonntag der Polizei zur Anzeige gebracht, der die Aufklärung von fünf derselben schnell gelang. Weiterhin wurden zwei Übertretungen polizeilicher Verwaltungsvorschriften, ein Verstoß gegen sanitätspolizeiliche Bestimmungen und eine Schlägerei zu Protokoll genommen. — Unter Diebstahlsverdacht wurden nicht weniger als elf Personen festgenommen und ins Polizeiarrest eingeliefert. Eine Person wurde wegen Bettelei sistiert und der Burgstarostei zwecks Bestrafung übergeben. Zur Wache gebracht, hernach aber wieder entlassen wurden eine Person zwecks Feststellung der Identität und eine Person wegen Trunkenheit. **

‡ **Freiwillig in den Tod gegangen** ist in der Nacht zum Sonntag der 72 Jahre alte pensionierte Beamte Władysław Szczurkiewicz, Parkstraße (ulica Konopnickiej) 13, indem er sich eine Revolverkugel ins Herz schoß. Er war auf der Stelle tot. Ursache zu der Verzweiflungstat ist ein jahrelanges Leiden an Magenkrebs. **

Konitz (Chojnice)

tz **Die Stadtverwaltung** hat die früher Pögelsche Ziegelei zum zweiten Mal zur Verpachtung ausgeschrieben. Offerten sind bis zum 5. Dezember im Rathause abzugeben. +

tz **Dem Vikar Labenz** in Osterwick wurden gestern in den Abendstunden die Fensterscheiben eingeworfen. Die Polizei hat sofort eine energische Untersuchung eingeleitet und verschiedene Personen in Haft genommen. +

tz **Eisenbahnrentner und Pensionäre** werden aufgefordert, ihre Ausweise zur Verlängerung bis zum 29. d. M. im Stationsbureau einzureichen. Außer der Pensionsurkunde ist bei Verheirateten auch der Trauschein vorzulegen. +

tz **Nach kurzem Krankenlager** verstarb einer der ältesten Konitzer Bürger, der frühere Gärtner August Schielke im Alter von 91 Jahren. Der Verstorbene ist Veteran von 1864, 1866 und 1870/71. +

tz **Ein deutscher Zollbeamter**, der in Konitz Dienst gehabt hatte, verunglückte mit seinem Rade auf der Rückfahrt und wurde mit einem Beinbruch in das Borromäuskrankenhaus eingeliefert. +

tz **Nach dem Gottesdienst** in der Dreifaltigkeitskirche am Totensonntag, begab sich die Gemeinde geschlossen zu einer schlichten Feier auf den neuen Friedhof. Dort hielt Superintendent Weiß an dem neuerrichteten Ehrenmal, das die Gemeinde ihren Gefallenen gewidmet hat, ein eindrucksvolle Ansprache, in welcher er der Gemeinde für ihre Opferfreudigkeit dankte, und auf die Bedeutung des Mals hinwies. Ein Posaunenvortrag und das Lied „Wie sie so sanft ruhn", gesungen von unserem Kirchenchor, umrahmten die Feier, die in einem Gebet ausklang. Der Gedenkstein trägt die Inschrift: Die Gemeinde ihren Söhnen 1914—1918. Der Friedhof hat nach der Straßenseite eine massive Mauer erhalten, zu deren Herstellung Gemeindeglieder das Material stifteten. +

37. Jahresfest des Diakonissen-Mutterhauses

und Einführung der neuen Hausmutter.

V **Vandsburg** (Więcbork), 23. November. Wie alljährlich, so beging auch in diesem Jahre am Totenfestsonntage das Diakonissenmutterhaus ihr Jahresfest in der Schwesternhauskirche. Der Tag, der unter dem Losungswort: „Jesus Christus, gestern und heute und derselbe auch in Ewigkeit!" stand, begann mit einer am Morgen statt-

findenden Gebetsstunde. Hieran schloß sich um 10 Uhr vormittags der Festgottesdienst bei zahlreicher Teilnahme von nah und fern. Die Festrede hielt an Stelle des erkrankten Oberhirten der Kirche Generalsuperintendent D. Blau Konsistorialrat D. Hildt-Posen, woran sich gleichzeitig die Einführung der neuen Hausmutter Diakonisse Martha Vollmer, der Nachfolgerin der in diesem Jahre verstorbenen Hausmutter Marie Kuhl, anschloß.

Zu der Hauptfeier, die nachmittags stattfand, hatte sich eine so große Menschenmenge versammelt, daß die geräumige Schwesternhauskirche mit ihren angrenzenden Nebenräumen die Menge nicht fassen konnte, so daß durch Mikrophon und Lautsprecher die Feierlichkeit bis zum entlegenen Schwesternsaal übertragen wurde. Ein Posaunenvortrag leitete die Feier ein, worauf der Hausvater Pastor Mund in herzlichen Worten an die Teilnehmer eine Begrüßungsansprache richtete und weiter über den schweren Dienst der Diakonissen zu sprechen kam. Nach einem Chorliede gab die neueingeführte Hausmutter den Jahresbericht, aus welchem u. a. hervorging, daß das Diakonissenmutterhaus gegenwärtig 349 Schwestern ausgebildet hat, wovon eine Anzahl im In- und Auslande in der Kranken- und Gemeinschaftspflege tätig sind. Umrahmt von Chor- und gemeinsamen Liedern dienten durch Ansprachen mit erhebenden Worten: Konsistorialrat Dr. Hildt-Posen, der Leiter der „Inneren Landesmission" Pfarrer Steffani-Posen, Pastor von Eiken und Pastor Bruns aus Deutschland, Superintendent Weiß-Konitz und Pastor Otto-Lodz. Nach der Schlußansprache verkündete Pastor Mund die zahlreich bis zur Stunde vom In- und Auslande anläßlich der Jahresfeier eingegangenen Glück- und Segenswünsche, worauf die Hauptfeier ihren Abschluß fand. Den Ausklang des Tages bildete die am Abend um 7 Uhr stattgefundene Schlußfeier.

---

ch **Berent** (Kościerzyna), 23. November. Im Kino „Apollo" in Berent geriet ein Film in Brand, von dem 1200 Meter vernichtet wurden, desgleichen die gesamte Apparatur. Der Film war versichert, indessen gibt der Kinobesitzer seinen eigenen, nicht durch Versicherung gedeckten Schaden mit 3000 Zloty an.

Durch Einbruch in den Abendstunden wurden aus dem Lebensmittelgeschäft der Leokadia Konkol in der Danzigerstraße 560 Zloty Bargeld und Waren im Werte von 200 Zloty gestohlen.

Die Eisnutzung von den städtischen Gewässern wird am 2. Dezember, um 9 Uhr, in Zimmer 4 des Berenter Rathauses verpachtet.

h **Neumark** (Nowemiasto), 21. November. Wie neulich mitgeteilt, brannte in Tomaszewo das ganze Gehöft der Frau Julianna Wiśniewska nieder. Ferner vernichtete das Feuer dem Pächter Wojtacki das bewegliche Inventar. Die angestellten polizeilichen Ermittlungen haben nun ergeben, daß das Feuer durch Brandstiftung entstanden ist. In Verbindung mit dieser Sache wurden deshalb Franz Wiśniewski, wohnhaft in Gorzno (der Ehemann der Geschädigten), und der Pächter Wojtacki verhaftet und ins hiesige Untersuchungsgefängnis eingeliefert. — Ferner verhaftete die Polizei den Landwirt Franz Rykaczewski in Targowisko unter der Beschuldigung aus Gewinnsucht sein Hab und Gut angezündet zu haben. — Da in der letzten Zeit im hiesigen Kreise wieder oft Feuerbrände vorkommen, hat die Sicherheitsbehörde Mittel und Wege eingeleitet, um das Übel wirksam zu bekämpfen. Die Brandfälle, deren Untersuchungen mangels genügenden Beweismaterials niedergeschlagen wurden, sollen nun nochmals untersucht werden.

h **Neumark** (Nowemiasto), 23. November. Ungebetene Gäste statteten dem Kaufmann Władysław Sierożyński einen Besuch ab. Gewaltsam öffneten sie das hintere Hoftor, zerschlugen vom Hofraum aus eine Fensterscheibe und gelangten auf diese Weise ins Restaurant. Hier taten sie sich bei Wein und Schnaps recht gütlich. Bei ihrer weiteren Arbeit wurden sie gestört, denn ein diensttuender Polizeibeamter bemerkte auf seinem Dienstwege das geöffnete Hoftor, betrat den Hofraum und schlug Alarm. Die Spitzbuben hatten aber Glück, denn in der Haupttür, die zum Marktplatz führt, steckte der Schlüssel im Schloß. Sie schlossen die Tür auf und entkamen unerkannt.

Bei **Kauernik** Kurzętnik) trafen Arbeiter, die bei den dortigen Chausseearbeiten beschäftigt sind, in der Erde auf zwei Menschengerippe. Die gerichtlich-ärztliche Kommission stellte fest, daß die Gebeine aus früheren Kriegen herrühren, und gab sie zur Bestattung auf dem Friedhof frei.

p **Neustadt** (Wejherowo), 23. November. **Eine Feuersbrunst wütete in Miloschewo (Miłoszewo) und legte mehrere Gebäude in Asche. Das Feuer brach in der Scheune des Landwirts Jan Walaszkowski aus, welche vollständig niederbrannte. Der Wind übertrug Feuergarben auf die Nachbargebäude, wodurch dem Jan Mariński Wohnhaus und alle Wirtschaftsgebäude ein Raub des durch starken Wind verursachten wütenden Elements wurden. Die Rettungsaktion setzte infolge der weit entlegenen Ortschaften spät ein. Dem M. ist die volle Ernte und das Inventar verbrannt; sein Schaden wird auf 6600 Zloty geschätzt. Versichert gegen Schadenfeuer war niemand.**

ch **Schöneck** (Skarszewy), 23. November. Die Meisterprüfung im Uhrmachergewerbe hat aus Schöneck Juljan Rigall vor der Handwerkskammer abgelegt.

g **Stargard** (Starogard), 23. November. Goldenes Ehejubiläum. Das Ehepaar Michael und Marianne Dombrowski, wohnhaft in der Hallerstraße 10, konnte am vergangenen Sonntag das Fest der Goldenen Hochzeit begehen.

Streik im Tabakmonopol. Die Arbeiter der hiesigen Fabrik des Tabakmonopols hatten sich an die Monopolverwaltung nach Warschau gewandt und um Auszahlung einer Winterhilfe in Höhe von 100 Zloty nachgesucht. Da bis zum 18. d. M. keine Antwort aus Warschau eingelaufen war, traten 18 Frauen und 2 Männer der Belegschaft in einen halbstündigen Streik. Am darauffolgenden Tage wurde die Arbeit gar nicht aufgenommen. Es ist anzunehmen, daß inzwischen eine Regelung in dieser Angelegenheit eingetreten ist.

÷ **Tuchel** (Tuchola), 23. November. Dem Besitzer Kasimir Fritz, Gr. Mangelmühl, wurde von unbekannten Dieben aus dem Bienenstock Honig im Werte von 10 Zloty gestohlen.

Am letzten Sonnabend veranstaltete die Staatliche Oberförsterei Schüttenwalde (Woziwoda) eine Treibjagd, an der 20 Schützen teilnahmen. Erlegt wurden 21 Hasen und ein Fuchs. Jagdkönig mit 6 Hasen wurde Getreidekaufmann Leo **Thiel aus Tuchel**.

Die Ausländer in der Sowjetunion.

Der Hintergrund der neuen Verhaftungen.

Der „Frankf. Ztg." wird von ihrem Moskauer Korrespondenten geschrieben:

Als Prolog zur neuen Verfassung, die von den Sowjets als die „freieste und demokratischste der Welt" gepriesen wird, können die Einblicke in das wirkliche Sowjetleben Bedeutung bekommen, die jetzt durch die Verhaftungen von annähernd zwei Dutzend Reichsdeutschen und mehreren Dutzend Sowjetbürgern, darunter einigen von volksdeutscher Herkunft, der Weltöffentlichkeit vermittelt werden. Die Schließung der letzten evangelischen Kirche in Moskau durch Festsetzung des einzigen Pastors in der Sowjethauptstadt spricht zu der verfassungsmäßig gewährleisteten „Freiheit der Ausübung religiöser Kulte" eine allzu deutliche Sprache, als daß sie nicht in der ganzen Welt verstanden werden könnte.

Es leben in der Sowjetunion nur sehr wenige Ausländer. Insgesamt sind es — wenn man von den Angehörigen asiatischer Staaten absieht — sicher nicht mehr als annähernd 15 000 Personen. Dabei dürfte die relativ geringe Zahl von Juden und Kommunisten, die in den letzten Jahren nach dem Sowjetreich gezogen sind, bereits einbegriffen sein. Da eine Meldepflicht bei den ausländischen Konsulaten nicht unbedingt besteht, läßt sich die genaue Zahl nicht feststellen. In Deutschland leben ständig, wenn auch mit wechselnder Zusammensetzung annähernd 800 000 Ausländer. Da sich zudem die Zahl der in der Sowjetunion ansässigen Fremden ständig verringert, ist damit die geringe Beliebtheit der Sowjetunion als Niederlassungsland für Ausländer hinreichend gekennzeichnet. Deutschland hat im Jahre 1925 im Zusammenhang mit dem damals geschlossenen Wirtschaftsvertragswerk auch ein besonderes Niederlassungsabkommen zu schließen für nötig befunden, weil die besondere Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen, die im Austausch von Menschen, vor allem aber in der Einwanderung von Deutschen nach Rußland eine jahrhundertealte Tradition einschließt, das nötig machte. Die Sowjetunion hat dabei ein Erbe antreten müssen, das ihr sicher nicht sehr willkommen war. Erreichte die Zahl der Reichsdeutschen in Rußland vor dem Kriege 100 000, darunter einige tausend deutsche Bauern, so sind es jetzt wohl nicht mehr als 3000 bis 4000 Personen, die heute noch als Ansässige in der Sowjetunion einen deutschen Paß besitzen. Der soziale Umbruch der bolschewistischen Revolution, die Enteignungspolitik der Sowjets und schließlich die Kollektivierung der Landwirtschaft sowie die Vernichtung auch der kleinen handwerklichen Existenzen in den Städten machten den Sowjetstaat für Fremde immer unwirtlicher. Die Schicksale der noch in der Sowjetunion Verbliebenen sind immer eigenartig und absonderlich. Sie lassen sich auf keinen gemeinsamen Nenner bringen. Im allgemeinen aber können die Deutschen, die uns vor allem angehen, in zwei Gruppen geteilt werden. Die einen waren schon vor dem Kriege ansässig oder stammen von solchen Vorfahren ab. Diesen Alteingesessenen stehen die „Neuen" gegenüber, die in der Zeit von 1928 bis etwa 1932 zumeist als Ingenieure oder technische Facharbeiter in der Sowjetwirtschaft Arbeit fanden. Die Sowjetpolitik betrieb damals eine lebhafte Anwerbung solcher ausländischer Fastkräfte, deren sie sich später, teils aus valutarischen, teils aus politischen Gründen, oft unter Bruch bestehender Verträge wieder entledigte. Unter den jetzt verhafteten Reichsdeutschen finden sich Vertreter beider Gruppen.

Kehrten die meisten der Fachleute in die Heimat zurück, so sind doch die Fälle nicht selten, wo zumeist durch Eheschließung mit Sowjetangehörigen der Entschluß hierzu immer wieder verzögert wurde. Es versteht sich, daß mit der Frau sich für den betreffenden Ausländer alle möglichen persönlichen, privaten Beziehungen zu deren Anhang auftaten. Die Sowjetpraxis hat die Einflußnahme auf diesem Umweg weidlich ausgenützt. Ihr waren derartige Verbindungen wohl niemals sehr erwünscht, wenn sie sich auch nicht vermeiden ließen. In der Sprache der sowjetischen Klassenideologie fanden sich gewöhnlich „Klassenfeinde" zusammen, d. h. die Frau stammte in der Regel aus Kreisen der „Ehemaligen", der alten russischen oder deutschstämmigen Bourgeoisie und Intelligenz. Nach deutschem Recht erwirbt die Frau die Staatsbürgerschaft des Mannes automatisch. Nach Sowjetrecht bedurfte es zum Wechsel der Staatsangehörigkeit eines besonderen Entlassungsakts. Regelmäßig wurde, so verfahren, daß nach endlosen bureaukratischen Schwierigkeiten, die Monate und Jahre in Anspruch nehmen konnten, mit der Entlassung auch die Ausweisung ausgesprochen wurde. Die wirtschaftlich Schwachen waren dadurch immer in einer großen Notlage: sie standen vor der Wahl, die Frau allein ziehen zu lassen, was ihnen gewöhnlich nicht möglich war, oder die Sowjetstellung sofort aufzugeben und in die Ungewißheit der Rückwanderung zu ziehen. Die andere Alternative, nämlich den Entlassungsantrag hinauszuschieben, bis der endgültige Entschluß zur Heimkehr gereift ist, war somit ein gewöhnlicher und von Sowjetseite begünstigter Fall. Andererseits fehlte es nicht an direkten und versteckten Aufforderungen an den Mann, seinerseits einen Sowjetpaß zu nehmen, wenn er in der Wirtschaft gebraucht wurde. Wer heute in der Sowjetunion noch als Deutscher lebt und mit seiner Botschaft oder dem zuständigen Konsulat Fühlung hat, der hat dies Bekenntnis zu seiner Heimat regelmäßig mit allerlei Verzicht nach der anderen Seite bezahlen müssen.

In der Sowjetatmosphäre versteht es sich, daß gerade über die Verbindungen privater Art mit Sowjetbürgern die dunklen Mächte des Kommissariats des Innern Einfluß zu gewinnen versuchten. Welche Rolle dieses Problem, das in der ausländischen Öffentlichkeit selten zur Sprache gekommen ist, weil in jedem einzelnen Falle Rücksichten verschiedener Art geboten sind, nun spielen wird, läßt sich noch nicht voraussehen. Jedenfalls fällt auf, daß alle Verhafteten schon lange Jahre in der Sowjetunion leben und deshalb wohl durchweg auch sich damit haben auseinandersetzen müssen.

Wer wurde in Moskau verhaftet?

Die amtliche Telegraphenagentur TASS beschränkte sich auf folgende kurze Meldung: „In Moskau wurden einige ausländische Spezialisten deutscher Staatsangehörigkeit verhaftet, die staatsfeindlicher Tätigkeit angeschuldigt werden. Die Gerichtsorgane führen eine Untersuchung in dieser Angelegenheit."

Die Namen der Verhafteten wurden amtlich nicht bekanntgegeben, aber es ist durchgesickert, daß ihre Gesamtzahl 19 beträgt, daß sich unter ihnen der Pfarrer Streck, der Fabrikleiter Georg Thimig, der Buchhalter Hermann Niedermeier, der Geigenbauer Waldemar Oberberg, der Automechaniker Alfred Erlinghäuser, der Uhrmacher Alfred Mocher, der Friseur Heinrich Hönighausen, ein deutscher Arzt und ein deutscher Rechtsanwalt befinden, und daß außerdem auch mehrere Österreicher, Schweden und Polen sowie insgesamt etwa 200 räterussische Staatsangehörige — darunter mehrere Stabsoffiziere der Roten Armee — verhaftet worden sind. **Die Meldung, daß der Berliner Universitätsprofessor Prof. Hoetzsch ebenfalls verhaftet sei, haben wir bereits früher dementiert. Wie uns Prof. Hoetzsch mitteilt, ist er seit länger als zwei Jahren überhaupt nicht mehr in Rußland gewesen.** Seit er im Ruhestande lebt, ist er auch nicht mehr Leiter der Zeitschrift „Osteuropa", sondern lebt bei guter Gesundheit ganz seinen wissenschaftlichen Studien.

Nach sowjetrussischen Meldungen soll den Moskauer Verhaftungen ein großer Spionagefall zugrunde liegen. Angeblich soll der Gesamtplan der westlichen Grenzverteidigung entwendet worden sein. Dieser „Gesamtplan" soll seit vier Jahren bis ins kleinste vorbereitet und die notwendigen Pläne sollen von dem Kriegsminister Woroschilow persönlich ausgearbeitet worden sein. Dieses als „Woroschilow-Plan" bezeichnete Dokument werde im Kreml in einem Safe aufbewahrt, zu dem jeweils nur fünf hohe Offiziere das Stichwort kennen. Vor einigen Tagen sei nun festgestellt worden, daß die Dokumente gestohlen, photographiert und dann wieder in den Safe zurückgelegt worden waren. Einer der fünf Offiziere und seine Geliebte, eine frühere russische Gräfin und jetzt Agentin der GPU, seien darauf unter dem dringenden Verdacht verhaftet worden, den Inhalt der Dokumente an eine fremde Macht verkauft zu haben. Gleichzeitig hätte man mit ihnen auch sämtliche Personen verhaftet, mit denen sie in irgend welcher Verbindung gestanden hätten.

Selbstverständlich läßt sich mit solcher Behauptung jeder Russe und jeder Ausländer in der Sowjetunion ins Gefängnis und vor ein Hinrichtungskommando bringen. Falsche Zeugen; ja sogar falsche Selbstbezichtigungen sind unter dem Terror der Sowjetjustiz eine beliebte und lebensgefährliche Beweismethode. Wir hoffen zuversichtlich, daß der Einspruch des Deutschen Botschafters in Moskau die Befreiung der falsch beschuldigten Deutschen bewirkt, die in Moskau, Petersburg und anderswo im Lande des roten Zaren eingekerkert wurden. Aber auch für die anderen Unschuldigen: für die Polen, Österreicher und Schweden erhoffen wir eine baldige glückliche Wendung ihres Schicksals, ebenso für die verhafteten Russen, die nach Gesinnung und Lebenshaltung das Leben verdienen. Der ganzen zivilisierten Welt aber mögen diese neuen Moskauer Schauprozesse mit ihrer seelischen und körperlichen Qual die Augen über den allgemeinen Weltfeind öffnen, dessen vernichtender Haß unmittelbar hinter den Ostgrenzen unseres Staates auf Tod und Verderben sinnt!

Briefkasten der Redaktion.

E. L. Windmühlen gehören sämtlich ohne Rücksicht auf die Größe der Steine und Walzen nach Teil II C. IV der Anlage zu Art. 23 des Gewerbesteuergesetzes in die 8. Kategorie.

F. 100. Auf eine Entschädigung für die notgeschlachtete Kuh hätten Sie nur Anspruch im Falle einer Viehseuche, wenn auf Anordnung der Behörde zur Verhütung der Weiterverbreitung der Seuche selbst noch gesundes, aber verdächtiges Vieh getötet wird. Ob die völlige Unbrauchbarmachung des Kadavers geboten war oder nicht, können nur Sachverständige entscheiden. Wenn Sie dadurch geschädigt zu sein glauben, wenden Sie sich mit einer Beschwerde an das Starostwo; das ist die zuständige Instanz.

„Staatsbürger." Der Betreffende besitzt, da man wohl annehmen kann, daß seine Eltern zur Zeit seiner Geburt auf jetzt polnischem Gebiet ihren Wohnsitz hatten, und da er wohl weder für Deutschland optiert, noch sonst etwas getan hat, wodurch er die durch seine Geburt erworbene polnische Staatsangehörigkeit verloren hätte, als sogenannter Geburtspole auf Grund des Art. 7 der Wiener Konvention vom 30. August 1924 die polnische Staatsangehörigkeit.

Heinrich Sch. in O.-W. So viel an Barlohn hat der Mann bei voller Verpflegung nicht zu verlangen, aber gleichwohl raten wir Ihnen, sich gütlich zu einigen, denn bei einem Prozeß würden wahrscheinlich Sachverständige gehört werden, wodurch sich das Verfahren erheblich verteuern würde, und es ist nicht sicher, daß die Kosten nur dem Gegner aufgebürdet würden. Ein magerer Vergleich ist besser, als ein fetter Prozeß. Sie haben den Fehler begangen, daß Sie nicht vor Beginn der Arbeit alles klar vereinbart haben. Auch hinsichtlich der verschwundenen Werkzeuge ist es nicht klar, wer für den Verlust verantwortlich ist.

E. 100. Selbstverständlich können Sie die zu viel gezahlten Steuerbeträge zurückverlangen. Art. 131 der Steuerordnung bestimmt, daß Steuerbeträge, die falsch gezahlt wurden, auf andere fällige Steuern des Steuerpflichtigen verrechnet werden müssen und, falls solche nicht bestehen, in bar zurückgezahlt werden. Die Anordnung der Barrückzahlung erlassen die Finanzbehörden 2. Instanz (das ist die Izba Skarbowa); sie erfolgt nur auf Antrag des Steuerpflichtigen. Nach § 4 des genannten Artikels 131 werden die Überzahlungen von der Steuerbehörde mit 4 Prozent jährlich verzinst. Da Sie von dem zuständigen Finanzamt auf Ihre Eingaben keine Antwort erhalten haben, müssen Sie sich an die Izba Skarbowa in Graudenz mit einem entsprechenden Antrag wenden.

X. Y. Z. Sie brauchen den Laden trotz erfolgter Kündigung desselben durch den Hauseigentümer nicht zu räumen. Auf Grund des Dekrets des Staatspräsidenten vom 14. November 1935 (Dz. Ust. Nr. 82/35, Poz. 504) sind zwar Handels- und industrielle Lokale außer solchen, die Unternehmungen der 7. und 8. Kategorie gehören, aus dem Mieterschutzgesetz ausgeschieden und konnten zum 30. September 1936 gekündigt werden. Aber durch Dekret des Staatspräsidenten vom 29. September 1936 (Dz. Ust. Nr. 74/36, Poz. 525) ist das erstgenannte Dekret dahin abgeändert worden, daß unter gewissen Voraussetzungen die Räumung eines solchen Lokals bis zum 31. März 1939 verschoben werden kann. Das Gericht kann nämlich, indem es die wirtschaftlichen Verhältnisse des Mieters und Vermieters und besonders die Lage des ersteren berücksichtigt, in die er im Falle der Exmission gebracht würde, und indem es ferner die Dauer der Miete, die Höhe der bisher gezahlten, sowie der vom Vermieter geforderten Miete berücksichtigt, den Zeitpunkt der Rückgabe des Mietsobjekts verschieben — jedoch nicht länger als bis zum 31. März 1939. In dem Falle, wo der Mieter in der Zeit vom 15. 11. 1932 bis 15. 11. 1935 in dem Mietslokal Einrichtungen getroffen hat, die den Mietswert erhöhten, die aber bisher noch nicht amortisiert worden sind, muß sogar das Gericht die Rückgabe des Mietsobjekts hinausschieben, bis diese Amortisation erfolgt ist, aber nicht länger als bis 31. 3. 1939. Bis zum Ablauf des Termins, zu dem die Vertagung der Räumung erfolgte, kann der Vermieter nur die Miete verlangen, die zu zahlen war beim Ausscheiden des Lokals aus dem Mieterschutzgesetz, das ist am 30. September 1936.

v. G. Die Gesetze und Verordnungen über die Fürsorge für Kleinrentner in Deutschland beziehen sich nur auf in Deutschland wohnhafte Personen. Das geht schon daraus hervor, daß die Träger dieser Lasten die Fürsorgeverbände sind. Das Reich zahlt dazu erhebliche Zuschüsse. Im Freistadtgebiet Danzig besteht seit 1931 ebenfalls ein Kleinrentnergesetz, das einen Rechtsanspruch an die Gemeinden gewährt. Aber auch das beschränkt sich selbstverständlich auf das Freistadtgebiet.

J. S. 300. In Ergänzung der Auskunft in der Nummer vom 20. November teilen wir noch mit, daß im Altersheim des Deutschen Frauenvereins in Bromberg, Dabrowskiego 6, ganz in der Nähe der hübschen Anlagen von Wißmannshöhe, Einzelzimmer für Damen mit Verpflegung zu mäßigen Preisen ohne Eintrittsgeld abgegeben werden. Meldungen bei der leitenden Schwester daselbst. Ferner nimmt auch das Erholungsheim Wald-Wiese-Wulff bei Rinkau, idyllisch gelegener Privatbesitz, **Sommer und Winter** Pensionäre auf. Tel. 1838.

Panische Angst in Sowjetrußland.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

„Das Land der Panik“. Das ist heute wohl die treffendste Bezeichnung für das sowjetrussische Imperium. Alle Nachrichten, die aus dem Sowjetreiche ins Ausland gelangen und von den unbegreiflichen Vorgängen, die sich dort abspielen, handeln — sind, wie verschieden gefärbt sie sein mögen — darin übereinstimmend, daß die Atmosphäre, in der sich das gesamte sowjetrussische Leben abspielt, das Merkmal einer beständigen panischen Angst trägt. Der Selbstherrscher der Sowjets, Stalin, zittert vor Angst vor seinen Werkzeugen, Schnellrichtern und Speichelleckern; — diese zusammen mit Stalin vor der lauernden Feindschaft der alten Revolutionäre; die alten Revolutionäre vor Stalin, vor dessen Werkzeugen und vor der Bureaukratie, das Volk vor allen diesen Mächten zusammen und diese Mächte mit Stalin an der Spitze vor dem Volk, das schweigt oder auf Befehl Hurra ruft und von dem die hoch- und höchstgestellten zitternden Mächtigen nie wissen können, was es eigentlich denke und fühle und wie es sich verhalten werde, wenn das ganze künstliche Zwangsgerüst einmal doch zusammenbricht . . .

Unter den Staaten, die genötigt sind, über die rätselhaften Vorgänge in Sowjetrußland auf dem Laufenden zu sein, die Rätsel, welche diese Vorgänge aufgeben, zu entziffern, beansprucht Frankreich naturgemäß den ersten Platz, weil es doch wissen muß, wie es um Herz und Nieren „des größten Bundesgenossen im Osten“ bestellt ist, dessen unergründliche Fragwürdigkeiten die französische Politik in steigendem, geradezu beängstigendem Maße belasten. Kein Wunder, daß in Paris die Nachrichten aus und über Sowjetrußland, die reichlich dort zusammenströmen, peinlich gesichtet und allen erdenklichen analytischen Verfahren unterzogen werden. In den Ergebnissen all dieser zahlreichen Betrachtungen und Analysen wiederholt sich immerfort die Feststellung, daß das ganze Sowjetleben im Zeichen der Panik steht. Recht interessantes Material über die verschiedenen Ursachen dieser Panik, ist in einer Originalkorrespondenz, die der „Ilustrowany Kurjer Codzienny“ noch vor der Bekanntgabe des Schandurteils von Nowo-Sibirsk aus Paris bringt, zusammengestellt.

„In den Sowjets“ — heißt es in dieser Korrespondenz — „ist man sich bereits darüber klar, daß der Krieg mit Deutschland unvermeidlich sei. Die letzten Nachrichten darüber, daß die japanische Armee einen Schlag gegen Rußland im Falle des Krieges mit Deutschland führen werde, hat das Maß der Panik der heutigen Machthaber Rußlands voll gemacht. Ohne Rücksicht auf die offiziellen Dementis Japans, herrscht in Moskau die Überzeugung, daß das deutsch-japanische Bündnis eine Tatsache, und die Zusammenarbeit dieser beiden Staaten schon weit vorgeschritten sei. Gleichfalls ist die Überzeugung verwurzelt,

daß Deutschland gegen Rußland den Angriff heute, morgen — vielleicht schon im Frühjahr ausführen werde.

Und wiederum ist diese Überzeugung nicht so sehr auf äußere Tatsachen gegründet, als ein Ausfluß der Psyche der heutigen Kreml-Mächtigen. Die Angst ist das vorherrschende Gefühl in dieser Psyche und wie bekannt, hat die Angst große Augen. Die Reflexe dieser Angst finden einen genauen Widerhall in Paris. Sowohl die Pariser Sowjetbotschaft als auch die Kreise der russischen Emigranten bilden die Quelle der verschiedensten Gerüchte, Befürchtungen, Voraussetzungen, Hoffnungen . . .

„Eine Sensation war der vor einigen Tagen im „Echo de Paris“ erschienene Artikel des bekannten Publizisten Henri de Kerillis, der die Meinung aussprach, daß die Macht in naher Zeit in die Hände Woroschilows übergehen müsse, wenn es Stalin nicht gelingen sollte, der inneren Schwierigkeiten, welche mit den Änderungen der Außenpolitik der Sowjets zusammenhängen, Herr zu werden. Da es ihm aber wahrscheinlich nicht gelingen werde, diese Schwierigkeiten zu überwinden,

so gerät die Macht immer mehr in die Hände der Armee;

die Zeit einer Militärdiktatur in der Sowjetunion sei nicht mehr fern.

„Dazu noch etwas Pikantes: Nach diesem Artikel sei Woroschilow Anhänger einer Verständigung der Sowjets mit Deutschland und unterhalte, laut beharrlichen Gerüchten, noch immer geheime Beziehungen zu manchen Reichswehrgenerälen, welche der Doktrin Bismarcks, d. h. der Politik eines beständigen deutsch-russischen Einvernehmens ohne Rücksicht darauf, welche Regierungsform in Rußland besteht, treu geblieben sind.“

Der Verfasser der Korrespondenz neigt keineswegs dazu, dieser „Pikanterie“ eine ernstliche Bedeutung beizulegen, erwähnt sie vielmehr als eine der verschiedenen Versionen, welche die verwickelte Situation der Kreml-Leute beleuchtet. „Im Kreml“ — wird weiter ausgeführt — „herrscht eine fieberhafte Tätigkeit, die dem Wunsche entspringt,

die ganze Bevölkerung Rußlands auf die äußere Kriegsgefahr einzustellen,

um die den Kreml-Gewaltigen drohende unmittelbare Gefahr abzuwenden. Eine der Erscheinungen dieser panikartigen Tätigkeit sind die jetzigen Verhaftungen von „Spionen“, Schädlingen und Deutschen, die als Verbindungsglieder zwischen der Gestapo und jenen Spionen und Schädlingen gedient haben sollen. Eine spezielle Brigade der GPU, bestehend aus 200 Mann, hat zahlreiche Verhaftungen vorgenommen, und unter den Verhafteten befinden sich 19 Deutsche. (Diese Zahl ist inzwischen weit größer geworden: D. Red.) Die Anklage gegen einige der Verhafteten wurde nach einer energischen Note Berlins, rückgängig gemacht; es wurde versprochen, sie aus der Haft zu entlassen, gegenüber den anderen Deutschen aber beharrt die GPU auf der Anklage . . .“

„Zu erklären sei dies“ — meint der Korrespondent — „damit, daß die Verhafteten für den neuen Trotzkistenprozeß benötigt werden, der bereits begonnen hat; die Einbeziehung der Gestapo habe den Zweck, die Schuld der Angeklagten zu erhöhen. Der Kreml hatte nämlich bereits beim Prozeß des Sinowjew, Kamenew und Genossen die Wahrnehmung gemacht, daß der Trotzkismus in der Bevölkerung nicht die gewünschte Entrüstung hervorrufe und daß die Bevölkerung für „die alten Bolschwisten“ noch etwas übrig habe. Stalin handle es sich daher darum, „stärkere Akzente der Entwicklung“ zu erzielen. Wenn es demnach gelingen sollte, alle Gegner als Verräter hinzustellen, welche Beziehungen mit dem einen Überfall auf „die Republik des Proletariats“ vorbereitenden Feind unterhalten,

so würde eine breite Plattform für den Terror gegeben sein,

welcher rechts und links alle offenen, geheimen, wirklichen und vermeintlichen Feinde der Diktatur wegmähen würde. Und diese Feinde sind unzählbar —“

„Die Seele des Tyrannen, wenn sie einmal von der Angst erfaßt ist, versinkt in ihr immer mehr. Sie sieht überall mit Dolchen gerüstete Verschwörer und sieht jede Nacht die Möglichkeit eines Attentats voraus, welches das rote Zarentum stürzen wird . . . Und doch“ — fährt der Korrespondent, der die Ansichten der russischen Emigrantenkreise wiedergibt, fort — „ist die Position Stalins als Diktator stark. Alle Gerüchte darüber, daß jemand Einfluß auf ihn habe, daß er diesem oder jenem seiner Mitarbeiter nachgeben müsse, entbehren der Grundlage. Grundlos sind auch die Kombinationen, die sich auf die angebliche Krankheit Stalins stützen. Der fürchterliche Grusier hat eine eiserne Gesundheit . . . Niemand hat Einfluß auf ihn, und die Leute, die ein winziges Maß von Unabhängigkeit hatten, sind schon lange aus seiner Umgebung verschwunden.

„Um Stalin herum gibt es bloß Marionetten, die er lenkt. Dies sind Durchschnittsmenschen, überdies Lügner und Schmeichler — doch bindet sie an Stalin eines: Der Wunsch, die Macht zu behalten, welche ihnen die Gunst des Diktators gibt und die Angst vor jedem Umsturz, der für sie nicht nur den Verlust der Macht, sondern auch des Lebens bedeuten würde. Diese Leute fürchten Stalin und hassen ihn — doch noch mehr fürchten sie das, was ihrer harrt, wenn Stalin und mit ihm sein System zusammenstürzte.

„Dieses System hat seine Fundamente in der riesenhaft ausgebauten Bureaukratie, in der mit Vorrechten ausgestatteten Armee und in der wirtschaftlichen Organisation, die in Sinekuren eingesessene Parteileute beherbergt. Die Persönlichkeiten dieser drei Grundfesten des Stalin-Systems sind: Woroschilow als Vertreter der Armee, Molotow als Vertreter der Bureaukratie, und der Landsmann Stalins, der Grusier Ordzjomkidze, der Leiter der Sowjetwirtschaft.

„Schon deswegen ist nicht daran zu denken, daß Woroschilow sich jetzt Stalin entgegenstellen werde; wollte er in dieser Situation Stalin bekämpfen, so würde er doch den Ast absägen, auf dem er selbst sitzt. Dieses Dreiblatt, ebenso wie die übrigen Würdenträger hassen Stalin, wie auch er seinerseits sie verachtet, aber die Solidarität dieser Genossenschaft wird durch die eiserne Notwendigkeit: des Systems und der Angst gekittet.“

Die russischen Kreise in Paris betrachten Stalin als eine Art zweiter Verkörperung Iwan des Schrecklichen.

Was wird aber werden, wenn Stalin eines Tages eines natürlichen oder gewaltsamen Todes stirbt? Wer wird seinen Platz einnehmen? Darauf antwortet der Korrespondent:

„Hier muß man sagen: wenn es eine Intervention von auswärts nicht geben wird, so kann nur eine Personaländerung eintreten und das System wird bleiben. Der Kampf um die Hinterlassenschaft wird verbissen, blutig, wütend sein, doch nicht lange währen. Der Sieger — wird in die Fußtapfen Stalins treten.“

„Es ist anzunehmen“, — heißt es weiter — „daß der Kampf sich wahrscheinlich zwischen den Befehlshabern der Armee abspielen werde, wobei jeder bemüht sein dürfte, die Moskauer Garnison zur Verfügung zu haben. Eine andere Frage sei es, ob der Nachfolger Stalins imstande sein werde, die Diktatur über den territorial größten Staat der Welt auch wirklich zu bewahren. Dem von oben ausgeübten Terror setzt schließlich einmal „der Terror von unter her“ eine Grenze. „An die Möglichkeit dieses Terrors wird in Moskau fortwährend gedacht, und es wird fortwährend davon gesprochen.“ Doch das rächende Schwert, das über den Häuptern der Kreml-Gewaltigen schwebt, wird — das ist sicher — von einer Hand geführt werden, die einer Person aus dem engeren Kreise der Kreml-Leute gehören wird. Hat doch nicht bloß zum Diktator, sondern auch zu den geringeren Gewaltigen im Kreml niemand von außen her Zutritt!

„Diese Atmosphäre, die im Kreml herrscht, greift auf Moskau über und von Moskau auf die wichtigeren ausländischen Vertretungen der Sowjetunion, somit auch auf die Pariser Vertretung. Auf der Rue Grenelle, wo sich die Sowjetbotschaft befindet, erwartet man unruhvoll jeden Tag eine Extra-Nachricht . . . Es gärt und brodelt im Kreml, es gärt und brodelt in Moskau und davon hallt es in den Botschaften wider.“

Zum Schluß stellt der Korrespondent fest, daß „die Demokratie“, „die Volksregierung“, daß all dies endgültig der Vergangenheit angehört. “Gegenwärtig ist die Räterepublik ausschließlich roter Zarismus . . .“

Die angekündigte „neue Verfassung und deren demokratischen Grundsätze werden Phrasen bleiben,

wie die ehemaligen sozialistischen Schlagworte — Phrasen geblieben sind, die in Ansehung der düsteren Wirklichkeit sich umso grotesker ausnehmen. Und diese Wirklichkeit — das ist die Angst, in welcher auch früher die Einwohner des Sowjetreiches gelebt hatten, die Angst vor ihren Herrschern; von dieser Angst sind jetzt die Herrscher selber befallen.

„Das sind die Informationen über die Sowjets, welche nicht nur unter den Pariser Russen, sondern auch in gut unterrichteten französischen Kreisen umlaufen. Daher beginnen die Franzosen Angst vor solchen Bundesgenossen zu haben, die — vor sich selber Angst haben.“

Rettungsring nach 20 Jahren angetrieben.

An der Unterelbe, in der Nähe von Schulau, ist dieser Tage der Rettungsring des deutschen Torpedobootes SMS „V 191“ angetrieben worden, das am 17. Dezember 1915 im Vorpostendienst das Opfer einer Explosion geworden war. Der Rettungsring, der vom Schulauer Brückenwärter aufgefischt wurde, ist dem Altonaer Hafenkapitän überbracht worden. Er soll demnächst der Kriegsmarine übergeben werden und seinen Platz in der Wilhelmshavener Garnisonkirche finden. Der Rettungsring, der noch gut erhalten ist, war wahrscheinlich so lange im Mahlsand vergraben und ist vermutlich erst bei den letzten orkanartigen Stürmen von der aufgewühlten See freigespült worden.

Papst Pius IX. gegen den Kommunismus.

In einem vom „Osservatore Romano“ veröffentlichten Schreiben des Heiligen Vaters nimmt dieser erneut gegen die kommunistische Gefahr Stellung. In dem Schreiben, das von Kardinalstaatssekretär Pacelli unterzeichnet ist, wird u. a. ausgeführt:

Während der Kommunismus wie ein giftiges Geschwür in der ganzen Welt wuchere und die Kultur und die ganze Menschheit ins Verderben zu stürzen suche, wolle die katholische Kirche durch ein Reich von erhabener Größe diese Pest überwinden. In Spanien erstünden heute überall Märtyrer, wie in den Zeiten des alten Rom. Aber gerade darin erblicke der Heilige Vater ein Zeichen der Wirksamkeit und Überzeugungskraft der katholischen Lehre und Erziehung, die selbst den Tod nicht fürchte. Das heutige Spanien beweise überdies auch den Zusammenbruch der Gesellschaftsordnung, die der Kommunismus schaffen wolle. Das Evangelium dagegen führe zur Vervollkommnung des Einzelnen, der Familie und des Gemeinwesens überhaupt. Sei doch die Kirche stets die große Lehrmeisterin des Menschengeschlechtes für eine rechte Lebensführung gewesen, sie habe auch allezeit die Initiative für neue Einrichtungen ergriffen, die dem Menschengeschlecht nützen konnten. Der Menschengeist strebe zu Gott, dem Allmächtigen, zu dem man nur durch Erkenntnis und Liebe gelangen könne. Die Früchte katholischer Erziehung zeigten sich am besten in der Gestaltung der Gesellschaft und des häuslichen Lebens. Der Brief schildert dann mit überzeugender Herzlichkeit die Würde und die Bedeutung des katholischen Familienlebens.

Schon der hl. Augustinus zeige, so heißt es weiter, daß die Gebote Gottes und der Kirche nicht dem Staatszweck widersprechen, sondern nur zu seinem Nutzen wirken. Wer aber behauptet, nicht im Einverständnis mit dem Staat wirken zu können, wenn er gleichzeitig ein guter Katholik sein wolle, der sei ein schlechter Beurteiler des öffentlichen Lebens und beweise, daß er nicht das feste Fundament der Tugend als Grundlage anerkenne.

Der Papst für die Winterhilfe in Polen.

Durch Vermittlung des Geschäftsträgers der Apostolischen Nnutiatur in Warschau hat, wie die polnische Presse meldet, Papst Pius IX. zu Händen des Kardinals Kakowski einen Scheck über 10 000 Złoty zur Linderung der Not der Arbeitslosen in Polen überwiesen. Den Betrag übermittelte der Kardinal dem Wohlfahrtsminister Kościałkowski, als dem Vorsitzenden des Hauptausschusses für die Winterhilfe. In einem Handschreiben betonte der Heilige Vater, er würde gern in noch weiterem Maße den großen Bedürfnissen dieses ihm so teuren Volkes Rechnung tragen, wenn man an seine Mildtätigkeit nicht aus allen Richtungen der Welt appellieren würde.

Volksfront-Trauerumzug in Paris für Salengro.

In gleicher Zeit, als Salengro in Lille beigesetzt wurde, veranstalteten Volksfront-Anhänger in Paris einen Trauerumzug, der sich jedoch mehr zu einer politischen Kundgebung gestaltete. Viel bemerkt wurde, daß hinter den „kulturellen“ Verbänden, die in dem Zuge mitmarschierten, auch die Freimaurerlogen vertreten waren. An der Spitze der Gruppe wurde ein Exemplar des Wochenblattes „Gringoire“ mitgeführt, das mit großen Blutflecken beschmiert war.

Den mehr politischen Charakter der Trauerfeierlichkeit für Salengro erhellt auch die Tatsache, daß Mitglieder der Metallarbeitergewerkschaften Sprechchöre bildeten und „Flugzeuge, Kanonen und Maschinengewehre für Spanien“ und die Aufhebung der Blockade der Spanischen Republik forderten, sowie Hoch-Rufe auf Spanien ausbrachten. Zwischendurch hörte man Rufe:

„Wir werden Salengro rächen“.

Im Zuge wurde auch eine republikanische spanische Fahne mitgeführt, die von der Volksmenge mit Beifall begrüßt wurde. Abwechselnd wurden die Internationale und andere Lieder der französischen Revolution gesungen. Immer wieder ertönten Rufe „Flugzeuge für Spanien“. Da auch kommunistische Organisationen an dem Umzug beteiligt waren, rief man: „Es leben die Sowjets“.

Beisetzungsfeierlichkeiten in Athen.

DNB meldet aus Athen:

In der Kathedrale, wo die Särge des Königs Konstantin und der Königinnen Olga und Sophia seit dem 17. November aufgebahrt waren, begann in Anwesenheit der königlichen Familie am Sonntag vormittag der feierliche Trauergottesdienst, der die Beisetzung der Särge im Königlichen Mausoleum in Tatoi einleitete. Nach dem Gottesdienst bildete sich wiederum ein Trauerzug, der den auf Lafetten gebetteten Särgen bis zur Stadtgrenze das Geleit gab. Die feierliche Beisetzung in Tatoi erfolgte um 15 Uhr. Der Trauergottesdienst in der Kathedrale und eine Schilderung des Trauerzuges wurde für die Bevölkerung, die sich in unübersehbaren Massen auf den Straßen und Plätzen Athens versammelt hatte, durch Radio übertragen.

Trauerfeier der griechischen Kolonie in Berlin.

Aus Anlaß der Beisetzung der sterblichen Hüllen des Königs Konstantin, der Königin Olga und der Königin Sophia in Tatoi, der alten Dekeleia, wurde in der Kapelle der Königlich-Griechischen Gesandtschaft in Berlin eine Trauerfeier abgehalten, der der Königlich-Griechische Gesandte Rizo Rangabe mit seiner Gattin, sämtliche Mitglieder der Gesandtschaft und die griechische Kolonie vollzählig bei wohnten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Arbeitslosenelend in Wales.

Fast 30% der Bevölkerung ohne Beschäftigung. Ueber 90 000 Arbeiter abgewandert.

König Eduard VIII. hat soeben aus eigenem Antriebe eine Reise in die englischen Notstandsgebiete von Wales unternommen, um sich ein Bild von der Lage der noch immer unter außerordentlich hoher Arbeitslosigkeit leidenden Bevölkerung dieses Gebietes zu machen.

In vielen Dörfern und in einigen Städten im südlichen Wales und in Dourham hat die industrielle Konjunktur seit 1926 eine starke Änderung erfahren. Ein großer Teil der Bevölkerung dieser Gebiete hat eigentlich nur noch die einzige Hoffnung, wieder Beschäftigung zu erlangen, wenn sie in andere Bezirke abwandern. Der Schlüssel der Lage liegt in den Zuständen, die im Kohlenbergbau herrschen. Er leidet am stärksten und infolgedessen tut auch Hilfe für die früher in ihm beschäftigte Arbeiterschaft, die in erheblichem Umfange arbeitslos geworden ist, not. Die Englische Regierung hat in gewissem Umfange bereits mit einer Umsiedlung geeigneter Arbeitskräfte in andere Industriegegenden begonnen und sie hat sich andererseits angelegen sein lassen, neue Industrieunternehmungen nach dem Notstandsgebiet zu ziehen, soweit die natürlichen Vorbedingungen dafür vorhanden sind. Bisher hat sie allerdings die Erfahrung gemacht, daß dieser zweite Weg der Hilfeleistung noch schwieriger zu begehen ist.

Im Jahre 1935 und in den ersten acht Monaten des Jahres 1936 sind insgesamt 43 333 Personen aus den Notstandsgebieten ausgesiedelt worden. Dazu kommt noch eine Zahl von etwas über 8000, die auf eigene Gefahr in anderen Teilen Englands Arbeit suchten. Die nun schon so lange anhaltende Krisis führt sichtlich zu einer Entvölkerung des südlichen Wales. Seit 1931 sind mindestens 90 000 Menschen von dort abgewandert und man hat bereits berechnet, daß bei dem unvermeidlich erscheinenden Fortschreiten dieser Bewegung und dem Anhalten des Geburtenrückganges in diesen Gebieten die Gesamtbevölkerung, die heute ungefähr 1 952 000 Menschen beträgt, bis zum Jahre 1945 auf 1 600 000 zusammengeschmolzen sein wird.

Der Grund der starken Arbeitslosigkeit im Kohlenbezirk liegt einmal darin, daß der

Betrieb der Bergwerke stark mechanisiert

worden ist und daß dadurch menschliche Arbeitskräfte freigesetzt wurden, zum anderen aber in dem Verlust großer aufnahmefähiger Märkte, die der Kohle von Südwales vor dem Kriege offen standen. Aber bei der ausschlaggebenden Wirkung des ersten Grundes würde selbst eine Wiedereroberung der verlorenen Märkte nicht ausreichen, um die Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Deshalb kann auch die Aussiedlung und die Auswanderung, so beträchtliche Ziffern sie bereits erreichte, nicht genügen, um der Not zu steuern. Unter den Arbeitslosen der Notgebiete sind mehrere Hunderttausend, die überhaupt noch nie eine Arbeitsstelle gehabt haben und die auch daran zweifeln, je eine zu bekommen. Sie sind aus ihren Kinderjahren in die Krisis der Arbeitslosigkeit hineingewachsen.

Gute Kenner der Zustände in Südwales, die sich über die Auswirkung der kritischen Lage Rechenschaft abzulegen versuchen, sprechen es offen aus, daß dort ein Geschlecht heranwächst, in dem der Wille zur Arbeit überhaupt „abgetötet" ist. Das gilt namentlich für die Kriegsgeneration, die jetzt zwischen 18 und 22 Jahre alt ist. Für die älteren Arbeiter hat man festgestellt, daß sie

durchschnittlich im Turnus von drei Jahren neun Wochen beschäftigt

wurden und das auch nicht etwa in den Bergwerken, sondern durch öffentliche Notstandsarbeiten, wie Straßenbau u. ä. Trotzdem hat man die Hoffnung, daß sie, wenigstens nach einer Einarbeitungszeit von einigen Wochen wieder in der Lage sein würden, ihre bergmännische Arbeit zu verrichten, wenn man ihnen Gelegenheit dazu geben könnte. In gewissen Bezirken wird übrigens von den Behörden und von Wohlfahrtseinrichtungen allerhand getan, um die Arbeitslosen körperlich zu schulen. Die Umsiedlungsbemühungen scheitern vielfach an dem Widerstand der älteren eingesessenen Arbeiter. Sie haben zwar wenig Hoffnung, wieder in Lohn und Brot zu kommen, aber mit dem Mute der Verzweiflung klammern sie sich an ihre Heimat, in der sie bleiben wollen, selbst wenn sie dafür sterben müssen.

Auf der anderen Seite stehen dem Bestreben, neue Industrien und damit neue Arbeitsgelegenheiten nach Wales zu verpflanzen, erhebliche Hindernisse im Wege. Der englische Industrielle ist im allgemeinen nicht geneigt, seine geschäftlichen Dispositionen aus altruistischen Erwägungen zu treffen. Wales und die anderen Notstandsbezirke sind ein ausgesprochenes Gebiet der Schwerindustrie. Neueinrichtungen dieser Art sind kaum möglich. Es kommt nur die Verpflanzung von Unternehmungen der leichteren Fertigwaren-Industrie in Betracht. Die Voraussetzungen wären, was die Arbeiterschaft anbelangt, nicht ungünstig, denn es sind genug Frauen und Mädchen, die sich für die Arbeit in solchen Fabriken eignen würden, vorhanden. Einige Erfolge sind auch zu verzeichnen, aber sie schlagen noch nicht durch. In den Bezirken Wales und Monmouth sind beispielsweise im Jahre 1935 nur vier Fabriken, die mehr als 25 Personen beschäftigen, neu eröffnet worden, aber fünf wurden in derselben Zeit geschlossen. Man hat jetzt die Hoffnung, daß das neue Aufrüstungsprogramm der Britischen Regierung Gelegenheit zu Fabrikgründungen geben wird. Im allgemeinen beklagt sich die englische Industrie darüber, daß nicht genügend billiges Geld und obendrein zu erleichterten Sicherheitsbedingungen zur Verfügung stünde. Dieser Umstand erschwere ihr die Investierungen, die notwendig seien, um in größerem Umfange neue Beschäftigungsgelegenheiten in den Notstandsbezirken zu schaffen.

Vorläufig beträgt jedenfalls die Zahl der Arbeitslosen immer noch rund 30 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung der Notbezirke. Das ist eine furchtbare Zahl!

Bericht über Handel und Industrie in der Schweiz im Jahre 1935.

Der vom Vorort des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins herausgegebene **Bericht über Handel und Industrie der Schweiz im Jahre 1935** ist soeben erschienen. Auch diesmal verschafft das Jahrbuch einen wertvollen Überblick über die schweizerischen Wirtschaftsverhältnisse.

Vor der Abwertung geschrieben zeigt es, wie die Schweiz durch den Zwang der Verhältnisse auf den Weg der Anpassung über die Devalvation ihrer Währung abgedrängt wurde.

Der erste, einleitende Teil ist Fragen von allgemeiner und aktueller Bedeutung insbesondere der Preisentwicklung, der Währungsentwertung, der Handelspolitik, sowie der allgemeinen Wirtschaftspolitik gewidmet. Anschließend folgen zahlreiche statistische Angaben, welche die Bevölkerung, Landwirtschaft, Wasserkräfte, das Fabrikwesen, Arbeitsfragen, Preisindex, das Bank- und Versicherungswesen, den Verkehr, Außenhandel, sowie das Finanz- und Steuerwesen betreffen.

Im letzten, umfangreichsten Abschnitt werden in einzelnen Fachberichten die verschiedenen Zweige von Industrie und Handel, sowie das Verkehrs-, Bank- und Versicherungswesen, die Elektrizitätswirtschaft und das kaufmännische und industrielle Bildungswesen behandelt.

Das Jahrbuch umfaßt 275 Seiten und erscheint in deutscher und französischer Sprache. Es kann **zum Preise von 7 Schweizer Frank** zuzüglich Versandspesen beim Sekretariat des Schweizerischen Handels- und Industrie-Vereins, Zürich, Börsenstraße 17, bezogen werden.

Viehmarkt.

London, 24. November. Amtliche Notierungen am engl. Baconmarkt für 1 cwt. in engl. Sh. Polnische Bacons Nr 1 sehr mager 83, Nr. 2 mager 81, Nr. 3 — 80, Nr. 1 schwere sehr magere 83, Nr. 2 magere 80, Sechser 80. Polnische Bacons in Hull 80—85, in Liverpool 82—87. Bei ruhiger Marktlage gute Nachfrage.

Querschnitt durch Deutschlands Wirtschaft.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Einem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung ist zu entnehmen, daß die **Lebensversicherung in Deutschland** im letzten Jahre eine günstige Entwicklung durchgemacht hat. Vom 30. September 1935 bis zum 30. September 1936 stieg die Zahl der Versicherungen insgesamt von 17 749 000 auf 18 781 000 und die Versicherungssumme von 16,61 Milliarden RM. auf 17,96 Milliarden. Erklärlicherweise zeigen die Kleinleben-Versicherungen den größten Zuwachs, was die Zahl der Versicherungsschlüsse anbetrifft. Zurückgegangen ist lediglich die Zahl der Gruppenversicherungen.

*

Die Leipziger Herbstmesse legt jetzt ihren Erfolgsbericht vor. Danach sind **während der Messetage Umsätze in Höhe von rund 100 Millionen RM.** erzielt worden, das sind 15 Millionen mehr als bei der vorigen Herbstmesse. Auf das Auslandgeschäft entfallen diesmal 18 bis 19 Millionen RM., während im vergangenen Jahre der Exportumsatz nur 14 Millionen ausmachte. Auch anteilsmäßig sind die Verkäufe an das Ausland gestiegen, gewiß ein Beweis dafür, daß die Exportbedeutung der Herbstmesse wieder zunimmt. Es ist interessant nachzurechnen, wieviel der Messeumsatz auf den bei den ausstellenden Firmen beschäftigten Arbeiter durchschnittlich ausmacht. Bei der Gruppe Hausrat und Wohnbedarf sind es 205 RM., bei der Gruppe Kultur- und Luxusgüter 192 RM. und bei der Gruppe Textilwaren und Bekleidung 105 RM. Die letzte Ziffer ist deshalb bemerkenswert, weil sie eine Verdoppelung der des Vorjahres bedeutet.

*

Die **Bedeutung der deutschen Sparkassen für den Privatkredit** nimmt beständig zu. Im ersten Halbjahr 1936 wurden nach einem Bericht, den der Deutsche Sparkassen- und Giroverband vorlegt, 615 596 Kredite im Gesamtbetrage von 734,7 Millionen RM. gewährt. Das sind stückzahlmäßig 14,8 Prozent, betragsmäßig 25 Prozent mehr als in der entsprechenden Vorjahreszeit. Die Durchschnittsbeträge der bewilligten und ausgezahlten Kredite machten bei Wechseln 419 RM., bei Kontokorrent-Krediten 2099 RM., bei festen Darlehen 1006 RM. und bei Hypotheken 4673 RM. aus. Diese verstärkte Einschaltung der Sparkassen in das Privatkreditgeschäft ist um so bemerkenswerter, als sie bekanntlich auch bei der Begebung der letzten Reichsanleihe erhebliche Beträge übernommen haben.

*

Frankreich beklagt sich lebhaft darüber, daß die **Preissteigerung** dauernd weiter fortschreitet. Seit dem Amtsantritt der Regierung Blum ist der amtliche Inder der Großhandelspreise von 404 auf 459 (Juli 1914 — 100) gestiegen. Seit Anfang November des Vorjahres beträgt die Preiserhöhung insgesamt sogar 31½ Prozent. Kein Wunder, daß der französische Bürger in die Weisheit der Wirtschaftspolitik seiner Regierungen einige Zweifel zu setzen beginnt.

*

Außerdem bekommt man jetzt beim beginnenden Winter in Frankreich die Wirkungen der großen **Streiks in der Binnenschiffahrt** zu spüren. Frankreich, das eine große und für den heimischen Bedarf vollkommen ausreichende Kohlenproduktion besitzt, muß im November 180 000 To. Steinkohle zusätzlich einführen, weil sonst für Hausbrandzwecke nicht genug vorhanden ist. Da seit 1. November obendrein im französischen Kohlenbergbau die 40stündige Arbeitswoche eingeführt wurde und damit sicherlich eine Produktionssenkung Hand in Hand gehen wird, ist mit einem weiteren Einfuhrbedarf zu rechnen.

*

Reichsbankpräsident Dr. Schacht weilt zurzeit in Ankara, um mit Vertretern der Türkischen Regierung den derzeitigen Stand der deutsch-türkischen Handelsbeziehungen und die Möglichkeiten zu ihrer Ausweitung zu studieren. Die Voraussetzungen sind günstig. Seit Jahren steht Deutschland sowohl in der Ausfuhr wie in der Einfuhr der Türkei bei weitem an erster Stelle. In den letzten 3 Jahren ist sogar eine beträchtliche Steigerung eingetreten, bei der Einfuhr von 29,4 auf 37,9 Prozent, bei der Ausfuhr von 27,0 auf 48,7 Prozent. Fast die Hälfte der türkischen Ausfuhr geht nach Deutschland und mehr als ein Drittel der Auslandeinkäufe der Türkei werden schon jetzt in Deutschland gedeckt. Gewiß ein Zeichen dafür, wie weit die Wirtschaften der beiden Länder aufeinander eingespielt sind.

Polens Zeitschriften-Ein- und Ausfuhr.

Die Post-, Telegraphen- und Telephon-Statistik für das Jahr 1935, die das Statistische Hauptamt veröffentlicht, enthält interessante Aufstellungen über den **Zeitschriftenumsatz mit dem Auslande.** Die Ausfuhr von Zeitschriften aus Polen umfaßte im Berichtsjahr 5,5 Millionen Exemplare, was im Vergleich zu den Zahlen des vorhergehenden Jahres eine kleine Steigerung der Ausfuhr von Zeitschriften aus Polen bedeutet.

Unter den Einfuhrstaaten von polnischen Zeitschriften steht Deutschland an erster Stelle (15,6 Prozent), dann folgt Frankreich (13,6 Prozent), Palästina (12,2 Prozent), die Tschechoslowakei (11,5 Prozent), USA (8 Prozent), Österreich (7 Prozent) und Italien (3,6 Prozent). Die Einfuhr von Zeitschriften aus dem Auslande nach Polen betrug im Jahre 1935 insgesamt 5,4 Millionen Exemplare (im Jahre 1934 — 6 Millionen). Die einzelnen Staaten sind folgendermaßen an dieser Einfuhr beteiligt: Deutschland 22,6 Prozent, Österreich 19,2 Prozent, die Tschechoslowakei 15,1 Prozent, Frankreich 12,2 Prozent, England 5,3 Prozent und USA 4,2 Prozent.

Sowjetrußland drittgrößter Baumwollpflanzer der Welt?

Die „Iswiestija" bespricht in einem Leitartikel die Ergebnisse der diesjährigen Baumwollernte und stellt dabei fest, daß die Sowjetunion in bezug auf die Baumwollerzeugung hinter USA und Indien an dritter Stelle stehe. Die Baumwollernte soll in diesem Jahr laut dem Bericht in der „Iswiestija" sehr reichlich gewesen sein und stellenweise über 100 To. von einem Hektar betragen haben. Der staatliche Jahresplan für die Baumwollerzeugung in der Höhe von 1 878 000 To. soll noch nicht überall beendet sei. Das sei besonders in Transkaukasien und in Mittelasien der Fall. Wie die „Prawda" feststellt, nehmen die Baumwollpflanzungen augenblicklich in der Sowjetunion eine Fläche von 2 Millionen Hektar ein, davon machen etwa 400 000 Hektar die Baumwollpflanzungen in der Ukraine, im Asow-Schwarzmeergebiet in der Krim und im Nordkaukasus aus.

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polski" für den 24. November auf 5,9244 Zloty festgesetzt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardsatz 6%.

Warschauer Börse vom 23. Novbr. Umsatz, Verkauf — Kauf. Belgien 89,80, 89,98 — 89,62, Belgrad —, Berlin —.—, 212,78, — 211,94, Budapest —, Bukarest —, Danzig 100.00 100,20 — 99,80, Spanien —.—, —.— — —.—, Holland 287,70 288,40 — 287.00, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen 115,95 116,24 — 115,66, London 25,97, 26,04 — 25,90, Newyork 5.31, 5,32¼ — 5,29¾, Oslo 130,45, 130,78 — 130,12, Paris 24,68, 24,74 — 24,62, Prag 18 78, 18,83 — 18,73, Riga —, Sofia —, Stockholm 133,95 134,28 — 133,62, Schweiz 122,15, 122,45 — 121,85, Helsingfors —.— 11,49 — 11,43, Wien —.—, 99,20 — 98,80, Italien 28,00, 28,10 — 27,90.

Berlin, 23. November. Amtl. Devisenkurse. Newyork 2,488—2,492, London 12,17—12,20, Holland 134,66—134,92, Norwegen 61,15 bis 61,27, Schweden 62,73—62,85, Belgien 42,07—42,15, Italien 13.09 bis 13,11, Frankreich 11,575—11,595, Schweiz 57,17—57,29, Prag 8,771 bis 8,789, Wien 48,95—49,05, Danzig 47.04—47.14, Warschau —.—.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,28½ Zl., dto. kl. Scheine 5,28 Zl., Kanada —.— Zl., 1 Pfd. Sterling 25,88 Zl., 100 Schweizer Frank 121,65 Zl., 100 französische Frank 24,60 Zl., 100 deutsche Reichsmark 107.00, in Gold —.— Zl., 100 Danziger Gulden 99,80 Zl., 100 tschech. Kronen 17.20 Zl., 100 österreich. Schillinge 94,50 Zl., holländischer Gulden 286,70 Zl., belgisch Belgas 89,55 Zl., ital. Lire 24,60 Zl.

Produktenmarkt.

Amtliche Notierungen der Posener Getreidebörse vom 23. November. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Richtpreise:

Weizen	25.50—25.75
Roggen, gef., trocken	18.50—18.75
Braugerste	25.00—26.00
Gerste 700-715 g/l.	22.00—22.75
Gerste 667-676 g/l.	20.75—21.00
Gerste 630-640 g/l.	19.75—20.00
Hafer 450-470 g/l.	16.00—16.50
Roggen-Auszugmehl I 0-30%	28.25—28.50
Roggenmehl I 0-50%	27.75—28.00
„ 0-65%	26.00—26.50
Roggenmehl II 50-65%	18.25—18.75
Rogg.-Nachm. 65%	16.50—17.00
Weizenmehl IA 0-20%	41.25—42.25
„ A 0-45%	40.25—40.75
„ B 0-55%	38.75—39.25
„ C 0-60%	38 25—38.75
„ D 0-65%	37.25—37.75
„ II A 20-55%	36.25—36.75
„ B 20-65%	35.50—36.00
„ D 45-65%	32.50—33.50
„ F 55-65%	28.50—29.50
„ G 60-65%	—.—
„ III A 65-70%	22.00—23.00
B 70-75%	19.00—20.00
Roggenkleie	13.00—13.50
Weizenkleie, mittelg.	12.25—13.00
Weizenkleie (grob)	13.25—13.75
Gerstenkleie	13.75—15.00
Winterraps	45.00—46.00

Leinsamen	42.00—45.00
blauer Mohn	64.00—68.00
gelbe Lupinen	—.—
blaue Lupinen	—.—
Seradella	—.—
Weißklee	90.00—135.00
Inkarnatklee	— —
Rotklee, roh	100.00—125.00
Senf	30.00—33.00
Viktoriaerbsen	22.00—25.00
Folgererbsen	23.00—25.00
Klee, gelb, ohne Schalen	—.—
Peluschken	—.—
Wicken	—.—
Weizenstroh, lose	2,15—2.40
Weizenstroh, gepr.	2.65—2.90
Roggenstroh, lose	2.25—2.50
Roggenstroh, gepr.	3.00—3.25
Haferstroh, lose	2.50—2.75
Haferstroh, gepreßt	3.00—3 25
Gerstenstroh, lose	2.15—2.40
Gerstenstroh, gepr.	2.65—2.90
Heu, lose	4.10—4.60
Heu, gepreßt	4.75—5.25
Netzeheu lose	5.00—5.50
Netzeheu, gepreßt	6 00—6.50
Leinkuchen	20.75—21.00
Rapskuchen	16.75—17.00
Sonnenblumenkuchen 42—43%	21.50—22.50
Speisekartoffeln	—.—
Fabrikkartoff. p.kg%	18 gr

Gesamttendenz: ruhig. Umsätze 4584,5 to, davon 775 to Roggen, 305 to Weizen, 235 to Gerste, 105,1 to Hafer.

Warschau, 23. November. Getreide, Mehl- und Futtermittelabschlüsse auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warschau: Einheitsweizen 26,00—26,50, Sammelweizen 25,50—26,00, Roggen I 18,75—19,00, Roggen II 18,50—18,75, Einheitshafer 16,25—16,75, Sammelhafer 15,75—16,25, Braugerste 25,50—26,50, Mahlgerste 21,75—22,25, Grützgerste 20,25—20,50, Speisefelderbsen 21,00 bis 22,00, Viktoriaerbsen 27,00—30,00, Wicken 19 00—20,00, Peluschken 20,50—21,50, dopp. ger. Seradella —.—, blaue Lupinen 8,75—9,25, gelbe Lupinen 13,00—13,50, Winterraps 44,00—45,00, Winterrübsen 42,00—43,00, Sommerrübsen —.—, Leinsamen 38,50—39,50, roh. Rotklee ohne dicke Flachsseide 95—110, Rotklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 125—135, roher Weißklee 110—120, Weißklee ohne Flachsseide bis 97% gereinigt 135—150, blauer Mohn 71,00—73,00, Weizenmehl I A 0-20% 42,00—43,00, A 0-45% 41,00—42,00, B 0-55% 39,00—40,00, C 0-60% 38,00—39,00, D 0-65% 37,00—38,00, II A 20-55% 36,00—37,00, B 20-65% 34,00—36,00, D 45-65% 31,00—32,00, F 55-65% 30,00—31,00, G 60-65% 29,00—30,00, Roggen-Auszugmehl 0-30% 28,50—29,50, Roggenmehl I 0-50% 28,50—29,50, 0-65% 27,50—28,50, II 50-65% 23,00—24,00, Roggenschrotmehl 0-95% 22,50—23,50, Roggenschrot-Nachmehl 65% 17,00—17,50, grobe Weizenkleie 13,25—13,75, mittelgr. 12,25—12,75, fein 12,25—12,75, Roggenkleie 12,25—12,75, Leinkuchen 20,00 bis 20,50, Rapskuchen 16,50—17,00, Sonnenblumenkuchen —.—, Soja-Schrot —.—, Speisekartoffeln 3,50—4,00.

Umsätze 3923 to, davon 1060 to Roggen. Tendenz: beständig.

Amtliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 24. November. Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty:

Standards: Roggen 688,5 g/l. (117,2 f. h.) zulässig 3% Unreinigkeit, Weizen 737,5 g/l. (125,2 f. h.) zulässig 3% Unreinigkeit, Hafer 413 g/l. (69 f. h.) zulässig 5% Unreinigkeit, Braugerste ohne Gewicht, Gerste (61-667 g/l. (112-113 1 f. h.) zulässig 1% Unreinigkeit, Gerste 643-649 g/l. (108,9-109,9 f. h.) zulässig 2% Unreinigkeit, Gerste 620,5-626,5 g/l. (105,1-106 f. h.) zulässig 3% Unreinigkeit.

Transaktionspreise:

Roggen	— to	—.—	gelbe Lupinen	— to	—.—
Roggen	— to	—.—	Peluschken	— to	—.—
Roggen	— to	—.—	Gerste 661-667 g/l.	to	—.—
Hafer	— to	—.—	Braugerste	— to	—.—
Stand.-Weizen	— to	—.—	Speisekart.	— to	—.—
Roggenkleie	— to	—.—	Sonnenblumenkuchen	— to	—.—
Weizenkleie, gr.	— to	—.—			

Richtpreise:

Roggen	19 00—19.25
Standardweizen	25.25—25 50
a) Braugerste	25.00—25.50
b) Einheitsgerste	—.—
c) Gerste 661 667 g/l.	21.25—21.75
d) „ 643-669 g/l.	21.00—21.25
e) „ 620,5-626,5 g/l.	20.25—20.50
Hafer	16.25—16.50
Roggen-Auszugmehl 0-30%	—.—
Roggenm. I 0-50%	29.25—29.75
„ I 0-65%	27.75—28.25
Roggenm. II 50-65%	22.75—23.50
Roggen-nachmehl 0-95%	22.50—23.25
„ über 65%	—.—
Weiz.-Ausz. I 0-20%	41.25—42.75
Weizenm. IA 0-45%	40.25—40.75
„ IB 0-55%	39.50—40.00
„ IC 0-60%	38.75—39.25
„ ID 0-65%	38.00—38.50
„ IIA 20-55%	34.25—35.25
„ IIB 20-65%	33.75—34.75
„ IIC 45-55%	32.75—33.75
„ IID 45-65%	32.00—33.00
„ IIE 55-60%	30 75—31.75
„ IIF 55-65%	27.75—28.25
„ IIG 60-65%	26.75—27.25
Weizenschrot-nachmehl 0-95%	29.75—30.25
Roggenkleie	13.25—13.50
Weizenkleie, fein	13.00—13.50

Weizenkleie, mittelg.	12.50—13.00
Weizenkleie, grob	13.75—14.00
Gerstenkleie	14.25—15.00
Winterraps	44.50—45.50
Rübsen	41.50—43.50
blauer Mohn	62.00—65.00
Senf	30.00—33.00
Leinsamen	40.00—43.00
Peluschken	21.00—22.00
Wicken	20.00—21.00
Seradella	—.—
Felderbsen	20.00—21.00
Viktoriaerbsen	22.00—26.00
Folgererbsen	21.00—24.00
blaue Lupinen	10.00—11 00
gelbe Lupinen	12.50—13.50
Gelbklee, enthülst	—.—
Weißklee, unger.	115.00—135 00
Rotklee, unger.	100.00—120.00
Rotklee 97% ger	125.00—140.00
Speisekartoffeln Pom.	3.50—4.00
Speisekartoffeln n. Not.	3.00—3.50
Fabrikkartoff. p.kg% fr. Fbr.	17½ gr
Kartoffelflocken	15.50—16.00
Leinkuchen	21.00—21.50
Rapskuchen	16.50—17.00
Sonnenblumenkuch. 42-45%	21.50—22.50
Kokoskuchen	—.—
Roggenstroh, lose	—.—
Roggenstroh, gepr.	2.50—2.75
Netzeheu, lose	3.00—4.00

Allgemeine Tendenz: nicht einheitlich. Roggen, Weizen, Roggen- und Weizenmehl stetig, Gerste und Hafer ruhig. Transaktionen zu anderen Bedingungen:

Roggen	341 to	Speisekartoff.	— to	Hafer	136 to
Weizen	305 to	Fabrikkartoff.	150 to	Peluschken	15 to
Braugerste	30 to	Saatkartoffeln	— to	Raps	15 to
a) Einheitsgerste	452 to	Kartoffelflock.	— to	Sonnenblumenkerne	— to
b) Winter- „	to	blauer Mohn	— to	Buchweizen	— to
c) Sammel- „	to	Senf	— to	blaue Lupinen	— to
Roggenmehl	45 to	Gerstenkleie	— to	Rübsen	— to
Weizenmehl	75 to	Seradella	— to	Wicken	15 to
Viktoriaerbsen	— to	Trockenschnitzel	— to	Gemenge	— to
Felderbsen	— to	Maiskleie	— to	Leinsamen	— to
Folger-Erbsen	— to	Leinkuchen	10 to	Buchweizen	— to
Roggenkleie	73 to	Rapskuchen	— to	Pferdebohnen	— to
Weizenkleie	75 to	Malzkeime	— to		

Gesamtangebot 1788 to.

Gelbfleischige Speisekartoffeln über Notiz.

Marktbericht für Sämereien der Firma **B. Hozakowski,** Thorn, vom 23. November. In den letzten Tagen wurde notiert Zloty per 100 Kilogramm loko Verladestation:

Rotklee 110—130, Weißklee, mittlerer, nicht gereinigt —.—, Weißklee 80—150, Schwedenklee 135—160, Gelbklee 45—55, Gelbklee i. Kappen 23—27, Inkarnatklee 45—55, Wundklee 58—72, Reygras, hiesiger Produktion 65—75, Tymothe 22—28, Seradella 16—18, Sommerwick. 19—21, Winterwick. 25—30, Peluschken 20—22, Viktoriaerbsen 20—24, Felderbsen 22—23, grüne Erbsen 24—26, Pferdebohnen 18—19, Gelbsenf 30—35, Raps 40—46, Rübsen 38—42, blaue Saatlupinen 9—11, gelbe Saatlupinen 11—12,50, Leinsaat 42—43, Hanf 40—46, Blaumohn 60—65, Weißmohn 80—85, Buchweizen 20—25, Hirse 20—25.

Hamburg, Cif-Notierungen für Getreide und Kleie vom 23. Novbr. Preise in Hfl. per 100 kg, alles cif Hamburg unverzollt.) Weizen: Manitoba I (Hard Atlantis) p. Novbr. 4,70 Doll., Manitoba I (Schiff) — p. Novbr. — Doll., Rosafe 80 kg f. 1000 kg (Schiff) —, p. Dezbr. 162/— sh.; Barusso 80 kg (Schiff) —, p. Dezember 162/— sh., Bahia 80 kg p. Novbr. —: Gerste: Plata 60-61 kg per November —, russ. Gerste 64-65 kg —, Gerste 64-65 kg (Schiff) —, p. Dezbr. 124/— sh., 67-68 kg (Schiff) —, p. Dezbr. 126/— sh.; Roggen: Plata 72-73 kg p. Dezbr. 126/— sh.; Hafer: Plata Unclipped fac 46-47 kg per Dezember 100/— sh., Plata Clipped 51-52 kg per Dezember 102/— sh., Hafer 54-55 kg p. Dezbr. —; Leinsaat Plata per Novbr. 219/— sh., p. Dezbr. 216/— sh.; Mais: Plata per Dezbr. 99/— sh., p. Januar 100/— sh per Februar — sh.; **Weizenkleie: Pollards per Novbr. 117/6 sh. Bran p. Novbr. 105/— sh.**